

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnezeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schiffahrt und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Mußte es so kommen?

Nach all dem, was öffentlich bekannt geworden ist, steht fest, daß der Deutsche Metallarbeiterverband auf den Schiffsverfechten einem Kampf deswegen ausweichen wollte, weil er ihn aus eigener Kraft nicht durchführen konnte. Dieses den Massen zu sagen, dazu fehlte ihm entweder der Mut, oder aber man wollte nur so tun, als wolle man etwas, um den Werftarbeitern Sand in die Augen zu streuen. Beides ist im Interesse der Metallarbeiter gleich verwerflich. Wie gewöhnlich suchte der Deutsche Metallarbeiterverband „mit zwei Pfeilen im Köcher“ an der Sache heranzukommen. Einerseits gedachte „man“ sich mit der bald sprichwörtlich gewordenen „dilatorischen Taktik“ hindurch zu winden, andererseits wurde die christliche Organisation ausgeschaltet, brüskiert und direkt beleidigt. Geriet es nicht mit der „Taktik“, kalkulierte man, so können wir nachher die Christlichen als Vlißableiter benutzen, weil sie sich auf keinen Fall die Ausschaltung und Beleidigung gefallen lassen werden. Doch es kam anders. Noch hatte der erste Pfeil nicht ganz seine Schußdistanz getan, als die Dämme brachen und die Werftarbeiter „hinklopfen“. Der zweite Pfeil konnte mithin nichts helfen; darum wurde der Disziplinbruch als Strohfeuer benutzt, um den Streik daran aufzuhängen. Doch auch das hat nicht vollständig zum Ziele geführt; die Missionen, die der freie Verband so gerne in seiner Kasse behalten hätte, sind verpulvert worden, dazu vollständig nutzlos.

Zur Rechtfertigung und Bemäntelung seines Vorgehens ließ der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes seinen Vorständen auf dem außerordentlichen Verbandstag eine dreistündige Anlagerede halten, die ihresgleichen sucht in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Selbst, wenn alles das, was Schlichte in dieser Rede gesagt hat, als berechtigt unterstellt wird, dann sind darin die eigentlichen Gründe für die Abwägung des Kampfes doch nicht gesagt worden.

Die wirklichen Gründe

sagt August Winnig, der Vorleser der literarischen Abteilung des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes im letzten Heft der „Neuen Zeit“.

Winnig setzt auseinander, wenn wir von allem drum und dran absehen und den Kern herauschälen, daß das Wachstum der Gewerkschaften die Gründung starker Unternehmerverbände hervorgerufen habe. Durch die Unternehmerverbände seien die Kampffronten bei Arbeiterbewegungen breiter geworden, weil die Arbeitgeber die Einzelangriffe der Arbeiter mit Ausperrungen beantworteten. Jede ungünstige Ausperrung könne auf lange Zeit die Aktionskraft der Gewerkschaften vernichten.

„Für keine andere deutsche Gewerkschaft, schreibt Winnig wörtlich, gilt dies in so hohem Maße wie für den (deutschen) Metallarbeiterverband. Nicht, weil er über seine Leitung irgendwelche Eigentümlichkeiten hätte, sondern weil er es vornehmlich mit dem kapitalträchtigsten Großindustrien zu tun hat. In jedem Falle, wo er eine Bewegung der großindustriellen Arbeiter einleitet, muß er mit der Möglichkeit eines Kampfes rechnen, der viele Tausende seiner Mitglieder in die Front rückt und der darum dem Kern seiner Kraft gefährlich werden kann. Diese Tatsache muß bei der Beurteilung der Taktik des Metallarbeiterverbandes in vollem Umfang in Rechnung gestellt werden. Auf der einen Seite muß er unausgesetzt jede Gelegenheit ausnützen, um die Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder vorwärts zu bringen, auf der anderen muß er wegen der Gefahr, seine weitere Aktionskraft einzubüßen, immer wieder bestrebt sein, einen großen Zusammenstoß zu vermeiden. Setzte er seine volle Kraft für eine größere Gruppe seiner Mitglieder ein und ließe er sie im Kampfe verzehren, so wäre er für längere Zeit als Machtfaktor ausgeschaltet; er könnte für seine übrigen Gruppen nichts Wesentliches tun, bis er sich wieder erholt hätte. Keine andere deutsche Gewerkschaft sieht sich bei ihren Kämpfen vor eine so schwere Aufgabe gestellt wie der Metallarbeiterverband. Seine Strategie muß in der Hauptsache, soweit er es mit der Großindustrie zu tun hat, eine Ermattungs- und Beunruhigungsstrategie sein. Er muß fordern, verhandeln, muß mit seiner Macht operieren und manövrieren, die Möglichkeit eines Kampfes demonstrieren, und er muß doch bestrebt sein, einem großen Frontzusammenstoß auszuweichen, um die Taktik der Beunruhigungen und Bedrohungen immer wieder aufzunehmen und fortzusetzen. Er muß mit seiner Macht fortwährend manövrieren, ohne sie zu verlieren.“

Diese Taktik, jagte Winnig weiter, würde dadurch erschwert, daß man sie im Einzelfall den Mitgliedern nicht sagen könne. Dieses seien die wahren Gründe für die Haltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewesen. Es sei lächerlich zu behaupten, als hätte sich der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei der Verweigerung der Unterstützung „von dem simplen formalen Disziplinbruch leiten lassen.“

Also nicht wegen dem Disziplinbruch wurde der Werftarbeiterstreik abgewürgt, sondern weil der Deutsche Metallarbeiterverband ohne ernste Gefahr für seinen weiteren

Fortbestand ihn aus eigener Kraft nicht durchführen konnte. Das ist für die den Deutschen Metallarbeiterverband, dessen Agitatoren so großartig tun und nach den kampfhaften Anstrengungen auf dem Berliner Verbandstag, sicherlich nicht angenehm zu hören, aber es ist wahr.

M. E. hätte Winnig, der, wie man sieht, die tieferen Zusammenhänge der Dinge sehr wohl erkannt hat, ganz ruhig noch einen Schritt weiter gehen können und sich die Frage vorlegen sollen, ob es dann keine Möglichkeit gibt, den Unternehmerverbänden eine Parole zu bieten? Die Antwort auf diese Frage kann er in seiner aller-nächsten Nähe finden. Weil diese Sache so außerordentlich wichtig ist, die wichtigste für die deutschen Metallarbeiter, die ich kenne, sei einmal in aller Breite darauf eingegangen. Ehe die Antwort erfolgt, muß eine Frage vorausgeschickt werden.

Was kommt es, daß im Bau-, Holz-, Maler- und Schneidergewerbe für weite Bezirke zur gleichen Zeit ganz bedeutende Verbesserungen für die Arbeiter errungen werden konnten,

trotz der Ausperrungen

der Arbeitgeberverbände, während dieses in der Metall- und Textilindustrie und im Bergbau nicht im gleichen Maße der Fall war? Man wird mir antworten, weil in den letzteren Gruppen vornehmlich große und kapitalträchtige Unternehmungen und die stärksten Arbeitgeberverbände in Frage kommen, in den ersten dagegen nur kleine, handwerksmäßige und weniger kapitalträchtige. Das stimmt zum Teil, ganz zutreffend ist es für die Metallindustrie aber nicht. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat mehr wie die Hälfte seiner Mitgliedschaft im Kleingewerbe und in Mittelbetrieben. Diese Zahl ist groß genug — wenn man die Mittel der Organisation nicht für abseits der eigentlichen Aufgaben liegenden Zwecke verpulvert — auch Kämpfen in der Großindustrie die notwendige Rückenbedeckung zu sichern. Durch den gemachten Einwand ist mithin die Frage nicht geklärt.

Der eigentliche Grund, warum in den letzten Gruppen die Verhältnisse schlechter liegen wie in den ersten, ist ein anderer und für die Metallarbeiter sogar ein zweifacher. Des Rätsels Lösung ist die: Im Bau-, Holz-, Maler- und Schneidergewerbe sind die sozialdemokratischen Verbände davon kuriert, die christlichen Verbände bei Bewegungen ausschalten zu wollen. Statt dessen wird gemeinsam beraten und verhandelt, was zu tun ist gegenüber der Unternehmerorganisation. Die Bewegung wird dadurch eine geschlossene und die öffentliche Meinung, dieser wichtige Faktor, steht auf Seiten der Arbeiter. Durch diese geschlossene Bhalang stehen sich die Arbeiter dieser Berufe nicht schlecht.

Ganz anders in der Metall-, Textil- und Bergwerksindustrie, hier herrscht kein Verständigungs-, sondern Ausperrungs-, hier herrscht keine Verständigungs-, sondern Ausschaltungspolitik, gehässiger Kampf und das heftigste Bemühen der sozialdemokratischen Organisation ist darauf gerichtet, die christliche Organisation zu schädigen; am liebsten möchte man sie vernichten. Der gegen alle gewerkschaftliche Regeln begonnene Ruhrbergarbeiterstreik, der nichts anderes wie ein Putz- und grober Disziplinbruch war, angezettelt, um die christliche Bergarbeiterorganisation zu vernichten, und die aus den gleichen Erwägungen von der Sozialdemokratie in Krefeld provozierte Ausperrung der Textilarbeiter, dürften als Beispielsfälle genügen.

Und der sozialdemokratische Metallarbeiterverband treibt es nicht anders, er geht zwar nicht ganz so großartig zu Werke wie seine roten Textil- und Berggeschwister, dafür aber um so gehässiger. Müssen Daten genannt werden? Es sei; sonst streiten es die Agitatoren unseres roten Konkurrenten ab; niemand kann das Herge- Einmal-eins besser auswendig wie sie. Bei keiner

Bewegung größeren Stils

hält es der Deutsche Metallarbeiterverband für notwendig, mit den anderen Metallarbeiterorganisationen eine Verständigung herbeizuführen, um eine gemeinsame Kampfbasis zu schaffen. Obwohl er als stärkste Organisation im Interesse der Arbeiter dazu verpflichtet wäre. Statt dessen sucht er, wo er nur immer kann, die anderen auszuschalten, es wird „dilatorisch“ drauflos „taktisch“, d. h. gewürfelt.

Der Ausdruck ist hart, aber berechtigt. Mitunter ist die Haltung des freien Verbandes größtenteils sinnig. So war es bei dem großen, aber leider verfruchteten Kampf in der Pforzheimer Schmudwarenindustrie. Damals stellte sich ein Verhölzer hin und schrie in den Saal hinein: „Gemeinsame Verhandlungen mit den Christlichen gibt es nicht.“ Ebenso machte es der gleiche Strategie in Schen-Gmünd und an anderen Orten. Beim jüngsten Tarifabschluß in der Rheinisch-Westfälischen Heizungs-

branche, da weigerten sich die Metallgenossenschaftsführer gemeinsam mit den Christlichen den Tarif zu unterschreiben. Das sind nur einige Beispiele, die beliebig ergänzt werden können. Daß der Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes mit dieser Gewaltpolitik seiner Beamten durchaus einverstanden ist, beweist die jüngste Werftarbeiterbewegung. Unseren Ortsgruppen wurde trotz Antrag eine Vertretung in den örtlichen Verhandlungskommissionen nicht zugebilligt. Die sozialdemokratische Bezirksleitung mußte auf die Beschwerde unserer Kollegen keine andere Antwort, als die: „Wendet Euch nach Stuttgart“ (an den Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes). Dieser Vorstand hielt es aber nicht einmal für nötig, den Brief unseres Verbandsvorsitzenden zu beantworten. Kann es ein annäherndes Verhalten geben? Ich glaube nicht. Dieses direkt

ungewerkschaftliche Verhalten

des sozialdem. Verbandes ist Schuld daran, daß keine einheitliche Kampfesfront zustande kommt, und daher von vornherein eine Zersplitterung und damit eine Schwächung der Arbeiter — den Unternehmern gegenüber erfolgt. Durch diese arbeiterschädigende Haltung liefert der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den Scharmachern nur Wasser auf die Mühle. Nachdem die nichtsozialdemokratischen Metallarbeiter ausgeschaltet sind, ist es den Unternehmern sehr leicht gemacht, die Bewegung als eine sozialdemokratische dahin zu stellen. Im gleichen Augenblick aber ist den kämpfenden Arbeitern die Sympathie der öffentlichen Meinung verloren. Gegen die öffentliche Meinung einen Kampf mit breiter Front zu gewinnen, ist so, wie die Dinge heute liegen, nicht nur äußerst schwierig, sondern fast ausgeschlossen. Man braucht zum Beweise dafür, ja nur darauf hinzuweisen, daß sich Unparteiische bei großen Kämpfen nicht zur Vermittlung bereit finden, wenn die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter ist. In dem Zusammenarbeiten der freien und christlichen Organisationen im Bau-, Holz-, Maler- und Schneidergewerbe sind ihre Erfolge begründet.

Wenn der Deutsche Metallarbeiterverband von seiner Ausschaltungs- und Machtpolitik nicht abgeht, werden die Kämpfe mit „breiter Front“ in der Metallindustrie noch öfter einen so kläglichen Ausgang nehmen, wie in Pforzheim, Stuttgart und an der Wasserkante. Daß auch in der Metallindustrie bei großen Kämpfen

angedrohten Generalausperrungen

schöne Erfolge zu erzielen sind, wenn alle Organisationen einheitlich in geschlossener Front stehen, hat die Werftarbeiterbewegung i. J. 1910 gezeigt. Dieses Beispiel sollte den besonnenen Elementen im Deutschen Metallarbeiterverband den Weg zeigen, der im Interesse der Metallarbeiter einzuschlagen ist. Behalten aber die Ausschaltungstaktik die Oberhand, dann werden die Metallarbeiter den Schaden zu tragen haben, statt vorwärts zu kommen, werden sie sich verschlechtern.

Der zweite Grundfehler in der Taktik des Deutschen Metallarbeiterverbandes liegt in seiner Ueberspannung des Unterstützungswesens. Der Hauptzweck einer gewerkschaftlichen Organisation ist doch in erster Linie die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Zu diesem Zweck müssen leider Kämpfe geführt werden, der Scharmacherhandpunkt der meisten Unternehmer läßt nicht immer einen friedlichen Ausgleich zu. Die Kämpfe kosten Geld. Um auch bei Kämpfen mit „breiten Fronten“ gerüstet zu sein, muß ein Kampffonds angesammelt werden. Für diese beiden Dinge müssen die Mittel der Organisation zunächst bestimmt sein. Wie macht es nun der Deutsche Metallarbeiterverband, die stärkste Organisation? Von seinen Beitragseinnahmen wird mehr für sonstige Unterstützungszwecke ausgegeben, als für Kampfwende.

Greifen wir nur das Jahr 1912 heraus, da zeigt sich, daß der Deutsche Metallarbeiterverband von je hundert Mark seiner Einnahme für Kampfwende 14,46 Mk. ausgegeben hat, während aber für die anderen Unterstützungszwecke 33,55 Mark aufgewendet worden sind. Das ist nicht das richtige Verhältnis. Hinzu kommt, daß die Ortsverbände dieser Organisation, über das Statut hinaus noch

allerlei Unterstützungsstram

ingerichtet haben, der nur in einem sehr losen Verhältnis zu den Gewerkschaften steht.

Diese Dinge verschulden es, daß der sozialdemokratische Verband bei „Kämpfen mit breiter Front“ keine Mittel zur Verfügung hat und diese abwürgen muß, wenn er nicht verbluten will. In dieser Beziehung muß also ein Umkehrpunkt erfolgen, wenn die Metallarbeiter spontane

men sollen. Wie die Apparatoren des sozialdemokr. Verbandes mit ihrem Unterstüßungswesen Schmutzkonkurrenz getrieben haben, um die anderen Metallarbeiterorganisationen zu übertrumpfen, ist noch so frisch im Gedächtnis aller Kollegen, daß ich darauf nicht besonders einzugehen brauche.

Die Beantwortung der eingangs gestellten Frage: „Mühte die Bewegung auf den Sechschiffswerken so elend verlaufen?“ kann nach dem vorstehend angeführten nur lauten: Nein, es brauchte nicht so kommen, wenn der Deutsche Metallarbeiterverband in vernünftigen gewerkschaftlichen Bahnen wandelte. Insbesondere brauchte es nicht so zu kommen:

1. Wenn der Deutsche Metallarbeiterverband keine Ausschaltungs- und Machtpolitik triebe, sondern wie die bau- und holzgewerblichen Organisationen eine Verständigung unter den Metallarbeiterorganisationen herbeizuführen suchte. Dadurch würde eine Geschlossenheit innerhalb der Arbeiterschaft erzielt. Diese Phalanx könnten die Unternehmerorganisationen nicht mit Erfolg verdrängen. Vielmehr könnten Behörden, Regierungen usw. durch den Druck der öffentlichen Meinung, nicht achlos an der geschlossenen Haltung der Arbeiter vorübergehen.

2. Der Deutsche Metallarbeiterverband muß seine Beiträge und Unterstützungen ins richtige Verhältnis bringen. Heute gibt diese Organisation für sonstige Unterstützungswecke viel mehr Geld aus von ihrer Einnahme, wie im Interesse der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wünschenswert ist. Durch diese krankhafte Unterstützungsraute ist die Anammlung eines Fonds für Kämpfe „mit breiter Front“ nicht möglich. Darum muß der Deutsche Metallarbeiterverband bei der Androhung jeder größeren Aussperrung zurückrufen.

3. Die unter 1 und 2 genannten Dinge sind so bald als möglich durchzuführen. Durch die Ermattungs- und Beurlaubungsstaffel des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wie sie Winnig nennt, sind wesentliche Vorteile nicht zu erreichen. Beweis: Die Metallarbeiter, die früher die bestbezahltesten Arbeiter waren, sind heute von Beruf, in denen die Organisationen gemeinsame Arbeit leisten, im Lohn überholt.

Auf die Durchführung der vorgenannten Punkte sollten die einsichtigen Elemente im Deutschen Metallarbeiterverband mit aller Macht hinarbeiten. Geschieht es nicht, dann wird der Tag kommen, an dem die Unterlassung sich bitter rächen wird.

Welche Lehren ergeben sich nun für unsere Mitglieder aus dieser Situation?

1. Anstelle der heutigen Gewaltpolitik wird schneller eine Verständigung treten, je stärker unser Verband wird. Darum ist es die vornehmste Aufgabe unserer Kollegen, für immer weitere Ausbreitung des Verbandes zu sorgen. Dieses Ziel so bald als möglich zu erreichen, ist dringend notwendig im Interesse der deutschen Metallarbeiter.

2. Unsere Kollegen dürfen nicht auf das Geschrei der Metallgenossen hereinfallen und bei Lohnbewegungen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Hauptleitung die Arbeit einstellen. Die Erfahrung hat gezeigt, an der

Wasserkantl und an anderen Orten, daß das Geschrei der Genossen blinder Wahn ist. Unsere Kollegen haben für die gelübte Solidarität sehr schlechten Dank geerntet. Endlich kann man bei der heute herrschenden Strömung niemals wissen, ob die Genossen einen wilden Streik inszenieren oder die Zustimmung ihres Verbandes dazu haben. Aus all dem ergibt sich: „Nirgendwo dürfen unsere Kollegen ohne die Zustimmung unseres Verbandes die Arbeit einstellen.“

3. Das Unterstützungsweesen darf nicht überspannt werden. Die Zukunft bringt todsicher Kämpfe mit viel größeren, breiteren Fronten als bisher. Dazu sind große Mittel erforderlich. Diese müssen aufgebracht werden, wenn die Metallarbeiter nicht versumpfen sollen. Sie können auch aufgebracht werden, denn

Wo ein Wille ist, Da ist ein Weg.

Ept.

Ein Vorbild

Dreißig Mitglieder für die Jugendklasse hat ein Formerlehrling der Sektion R., Verwaltungskette Bochum, im 3. Quartal aufgenommen. (Bravo! Red.) In der Sektion, die im Juli d. J. gegründet wurde, wollte es anfangs nicht so recht „klappen“. Nur ein paar junge Kollegen, darunter auch der genannte Formerlehrling erschienen in den Versammlungen. Die jungen Kollegen verloren aber nicht den Mut. Nachdem sie erkannt hatten, was der christliche Metallarbeiter-Verband eigentlich will, arbeiteten sie mit wahren Idealismus für unsere gute Sache; sie trugen das in den Versammlungen Gehörte in die Kreise ihrer Freunde und Berufskollegen. Der Erfolg blieb nicht aus. Am Ende des 3. Quartals gehörten der Jugendklasse der Sektion 35 Mitglieder an, wovon wie gesagt, der Formerlehrling allein 30 junge Kollegen dem Verband zugeführt hatte. Das ist gewiß ein voller Erfolg und der junge Kollege verdient volles und uneingeschränktes Lob für seine Arbeit. Alle Verbandsmitglieder, alte und junge, sollten sich ein Beispiel nehmen und es ihm gleichzutun versuchen. Dieser Kollege hat den Beweis erbracht, „was man kann, wenn man will“!

Jetzt herrscht in der jungen Sektion ein reges Leben, und verschunden ist die Klage: Es hat hier in R. doch keinen Zweck! Die jungen Kollegen haben aber das Gegenteil bewiesen.

Nun wird jeder Kollege fragen: Wie hat das denn der junge Kollege fertig gebracht? Sehr einfach, er hat eben jede Gelegenheit zur Verarbeitung benutzt; auf dem Weg zur Fortbildungsschule, zur Fabrik, bei Spaziergängen, im Junglingsverein usw. Besonders legte der junge Kollege Gewicht darauf, seine unorganisierten Freunde und Arbeitskollegen mit in die Versammlungen zu bringen.

Damit nun die jungen Kollegen dem Verband nicht wieder verloren gehen, bleibt der Formerlehrling in steter Fühlung mit den Mitgliedern der Jugendklasse. Er bringt ihnen das Verbandsorgan, sie machen gemeinsame Spaziergänge, kommen gemeinsam in die Versammlungen

usw. Es herrscht ein ganz kollegialer Verkehr in dieser Sektion, wie es eigentlich überall sein sollte.

Könnte nun nicht überall solch reges Leben herrschen? Gewiß könnte an manchen Orten blühende Jugendklassen bestehen, wenn die jungen Mitglieder dem Beispiel der Formerlehrlings folgen wollten. Also ihr jungen Kollegen! Merkt an die Arbeit, und auch euch wird der Erfolg beschieden sein.

Mögen sich aber auch die älteren Mitglieder an diese jungen Kämpfern ein Beispiel nehmen. In wie vielen Sektionen wird die Flinte ins Korn geworfen, wenn es nicht so richtig „klappen“ will. Dann verstedt man sich so gerne hinter die schöne Ausrede: Es hat hier am Ort doch keinen Zweck, oder man schiebt die „besonderen schwierigen Verhältnisse“ ins Feld. Das ist aber in fast allen Fällen eine Ausrede, um sich an der Verarbeitung vorbezuhalten. Die Folge ist dann todsicher „Rückgang“ in der Sektion. Wenn diese Stimmung in einem Ort einschleicht, wenn in jeder Versammlung diese Klagegedenkenungen werden, dann ist es kein Wunder, wenn die Begeisterung löten geht. Die Aufgabe des Vorstandes ist es, diesen „Tollwut“ zu verjagen und den Beweis zu erbringen, den die jungen Kollegen in R. erbracht haben. Wenn aber, wie es leider in vielen Sektionen noch der Fall ist, vom Vorstand und den Vertrauensmännern in diese „Klagegedenken“ mit eingestimmt wird, kein Wunder, wenn dann der „Totenrüber“ Einzug hält. Also Kollegen! Weg mit den „faulen Ausreden“, weg mit den „besonderen Verhältnissen“. Die Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden. Zeigen wir uns als ganze Männer, stellen wir bei der Herbsttagung, die in jeder Sektion durchgeführt werden muß, unsern Mann. In besonderen Zeiten müssen wir bereit sein, besonders zu leisten. All unsere Verbandsmitglieder, namentlich die älteren sollten ernstlich wollen und sich nicht von den jungen Kollegen beschämen lassen.

Ausländer und Reichsangehörigkeitsgesetz

Es gibt keinen Staat der Welt, der nicht die Aufnahme eines Ausländers als gleichberechtigter Staatsangehöriger von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig machte. Die dauernde Niederlassung von Deutschen im Ausland ist ohne Einschränkung in keinem Staat gestattet, auch in solchen Staaten nicht, mit denen das Deutsche Reich Niederlassungsverträge abgeschlossen hat. Deutsche, die sich z. B. in der Schweiz niederlassen wollen, müssen nachweisen, daß sie im Wohlgenusse der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden und einen unbescholtenen Lebenswandel haben. Auch die deutsche Gesetzgebung gibt Ausländern grundsätzlich keinen Rechtsanspruch auf Niederlassung und Aufenthalt. Der Paragraph 8 des neuen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes bestimmt folgendes:

Ein Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaat, in dessen Gebiete die Niederlassung erfolgt ist, auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er

Die Geschichte der Gutehoffnungshütte

Von G. W. (Schluß.)

Mit der Zunahme und der Vergrößerung der Anlagen stieg selbstverständlich auch die Zahl der Arbeiter. Die erste zuverlässige Angabe darüber stammt aus dem Jahre 1828. Damals waren, abgesehen von den Kohlenbrennern und Holzbauern, 279 Arbeiter beschäftigt. Die Anlage des Puddel-Stabeisen- und Schienenwalzwerks bei Oberhausen und der Betrieb eigener Erzgruben ließ natürlich die Arbeiterschaft bedeutend steigen. Im Jahre 1843 wird die Zahl der Beschäftigten auf 2000 angegeben. In den Hochkonjunkturjahren nach dem Kriege 1870-71 fanden, ausschließlich der Beamten, Meister und den bei der Masinerieförderung tätigen Leute, 8305 Arbeiter Beschäftigung auf der Hütte. In den Jahren des Niederganges sank die Arbeiterzahl auf 5750. Sie erreichte diesen Tiefstand im Jahre 1877, stieg von da ab stetig und im Jahre 1909 wurden rund 23 000 Arbeiter und Beamte beschäftigt.

Frühzeitig fiel der Hütte die Aufgabe zu, Wohnungen für ihre Beamten und Arbeiter zu bauen. In den vierziger Jahren besaß sie Häuser in Sterkrade, Oberhausen, Düsseldorf und Ruhrort. Für die unverheirateten Arbeiter wurde gegen Mitte der vierziger Jahre eine Speiseanstalt in Oberhausen eingerichtet. Im Jahre 1890 hatte das Werk 9600 Beschäftigte, Werkwohnungen waren 450 vorhanden. Im Jahre 1909, betrug die Zahl der Wohnungen 2220 und die der beschäftigten Arbeiter 22 000.

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter zeigt bedeutende Schwankungen. Leider ist es nicht möglich, aus den Angaben der Gesellschaft den Durchschnittslohn zu ermitteln, weil in der Lohnsumme die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Beamten zusammengefaßt sind. Die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter betrug im Jahre 1872 8,7 Millionen Mark, sank aber bis zum Jahre 1877 auf 4,5 Millionen Mark. Die achtziger Jahre zeigen nur einen langsamen Aufstieg, 1886 fanden die Löhne und Gehälter erst auf 6,6 Millionen Mark. Von da an steigerte sie sich unter Schwankungen und einigen Jahren des Stillstandes auf 18 Millionen Mark im Jahre 1902, sie schnellten dann innerhalb 5 Jahren, entsprechend der großen Zunahme der Gesamtarbeiterzahl auf 34 Millionen Mark im Jahre 1907/08. Während die Arbeiterzahl bis 1909 die gleiche blieb, sank der Lohn innerhalb des genannten Jahres um 1,2 Millionen Mark

Dieser Lohnausfall können die Beiträge zu den Wohlfahrts-Einrichtungen nicht wettmachen. Die freiwilligen Beiträge der Gutehoffnungshütte zu den Wohlfahrts-Einrichtungen hielten sich bis zum Jahre 1892 auf dem niederen Stand von 24 000 Mark, schnellten dann im folgenden Jahre auf 384 000 Mark empor, sanken 1894 wieder auf 86 000 Mark. Sie erreichten auch im Jahre 1908, obwohl sie stiegen, noch nicht die Höhe von 1893, sondern blieben noch 4000 Mark unter der damaligen Summe. Die Kollegen mögen daraus ersehen, daß die vielgelobte freiwillige Wohlfahrt oft nur das schöne Mantelchen ist, das die Außenwelt in Staunen setzt, und über große Lohnabzüge hinwegtäuschen soll. Die Beiträge der Gutehoffnungshütte zur gesetzlichen Arbeiterversicherung beliefen sich im Jahre 1908 auf 2 Mill. Mark.

Entsprechend der Größe des Wertes stiegen auch die Finanzen. Das Gesellschaftskapital „der Fond der Handlung“ betrug bei der Gründung um die Jahrhundertwende (1805) 93 000 Taler Neuwiger Währung. Hieron waren bei dem Zusammenschluß von Jakob, Daniel und Suppen erst 56 000 Taler, welche den Kaufpreis für St. Anthony und Neu-Essen darstellten, eingezahlt, der Rest von 37 000 Talern war der Kaufpreis für die Gutehoffnungshütte. Er war von der Witwe Krupp vorläufig gestundet worden. Dieser „Kaufschilling“ wurde bis zum Jahre 1818 abbezahlt. In dem Jahre legten auch die schon so bezeichneten „Dividenden“ ein. Es kamen 13 000 Taler gleich 17 Prozent zur Verteilung. Die Höhe derselben überrascht und wenn auch in den folgenden Jahren sich die Höhe nicht auf demselben Stand halten konnten, so wurden doch immer sehr zufriedenstellende Ergebnisse erzielt. Das Jahr 1828 stellt einen Höhepunkt dar, es gelangten 20 000 zur Verteilung. Dann bereitete sich ein Umschwung vor. Die Einrichtung des Blechwalzwerks, der Schiffswerft und der Puddelbetriebe erforderten neue Betriebsmittel. Um diese zu beschaffen, wurden außer den jährlichen Ueberschüssen auch die Beteiligten selbst herangezogen. Außerdem gaben die Bankhäuser Schaaffhausen und v. d. Heydt Vorschüsse, die sich allmählich bis auf 93 000 Taler steigerten. Die Dividenden wurden trotz des erheblich vergrößerten Betriebes nicht mehr erhöht, zum Teil war man sogar genötigt, erheblich zurückzugeben. Es folgten Jahre des Aufstieges, in denen aber nicht vergessen wurde, für die kommenden Zeiten zu sorgen. Noch im Jahre 1873 gelang es, bei einem Reingewinn von 1,7 Millionen Mark eine Dividende von 5 Prozent zu verteilen. 1874 betrug der Reingewinn nur 1 500 000 Mark, die Dividende wurde auf 4 Prozent

Prozent begnügen. Von da ab ergaben sich nur Verluste, welche buchnäßig bis zum Jahre 1877 4,6 Millionen Mark betragen. Da wurde mit aller Energie die Neuordnung der Finanzen vorgenommen. Das Aktienkapital wurde von 30 Millionen auf 6 Millionen Mark zusammengelegt. Gleichzeitig fand eine Neueinschätzung des gesamten Betriebes statt. Die Buchwerte der einzelnen Anlagen wurden um 17 Millionen Mark herabgesetzt und der Rest zur Abschreibung des bisherigen Gesamtverlustes verwandt.

Das Aktienkapital wurde in Stamm- und Vorzugsaktien eingeteilt. Die alten Aktien zu 6 Millionen Mark erhalten 4 Prozent, während die 12 Millionen Anleihe in Vorzugsaktien zu 5 Prozent unter zinsfreier Nachzahlung nicht gezahlter Dividenden verwandelt wurden. Diese Durchführung ermöglichte auf dem Werke wieder gesunde Zustände. In der Bilanz 1901 erreichten die Kapitaleinlagen die Summe von 23 Millionen Mark, übertrifft somit das Aktienkapital bedeutend. Bis zum Jahre 1909 wurde das Aktienkapital auf 30 Millionen Mark erhöht. Der verteilte Reingewinn betrug seit 1899 20 Prozent.

Der Warenumschlag der Gutehoffnungshütte hielt sich bis 1865 in ziemlich gleicher Linie. Er erreichte 1841 eine Höhe von 1,8 Millionen Mark und 1865 8,2 Millionen Mark. Wenn er auch unter der Krise der sechziger Jahre litt, so stieg er in den folgenden Jahren um so rapiden und erreichte den Höhepunkt im Jahre 1908 mit 90,5 Millionen Mark.

Das sind große Zahlen, die beweisen, welchen Aufschwung die Gutehoffnungshütte genommen. Dieser Aufstieg ist aber auch zugleich ein Bild der emporstrebenden gesamten deutschen Industrie, die sich aus kleinen Anfängen zu einem Machtfaktor im Volkswirtschaftsleben entwickelt hat, ohne den man nicht mehr rechnen kann. Auch die Arbeiter haben das größte Interesse an einer blühenden Industrie, ist sie es doch, die ihnen die Mittel zum Leben verschafft. Aber die Industrienentwicklung darf nicht ausarten, es ist falsch, Staat und Gesellschaft lediglich unter diesem Gesichtswinkel betrachten zu wollen. Der Satz der neuen Schule: „Wir leben, um zu produzieren“, ist hinlänglicher Beweis dafür. Wenn der Satz der alten Schule, der sogenannten Kathedersozialisten: „Wir produzieren, um zu leben“, in die Tat umgesetzt würde, könnte ein geschlossenes Zusammengehen von Arbeitern und Arbeitgebern ermöglicht werden, was heute durch das rigorose Vorgehen der Werke oft ausgeschlossen ist.

1. nach den Befehlen seiner bisherigen Heimat unbeschränkt geschäftsfähig ist oder nach den deutschen Befehlen unbeschränkt geschäftsfähig sein würde oder der Antrag von seinem gesetzlichen Vertreter oder mit dessen Zustimmung

2. einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat,

3. an dem Orte seiner Niederlassung eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden hat und

4. an diesem Orte sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist.

Das Wort „Einbürgerung“ ist neu und steht an Stelle von „Aufnahme“ oder „Verleihung“. „Geschäftsfähig“ ist im allgemeinen, wer nicht geisteskrank, entmündigt oder unter Vormundschaft gestellt ist. Das in Ziffer 2 vorkommende Wort „unbescholten“ wurde namentlich von sozialdemokratischer Seite beanstandet; es war aber früher auch bei Sozialdemokraten üblich und selbstverständlich. Auf dem bayerischen Parteitag zu München 1894 verlangte Reichstagsabgeordneter Birt, daß die auf das Land gehenden sozialdemokratischen Agitatoren „möglichst unbescholtenen Charakters sein“ müßten und der Abg. v. Bollmar stimmte dem zu. Die Sozialdemokratie von heute ist anscheinend weniger anspruchsvoll.

Ob der um Einbürgerung Nachsuchende einen unbescholtenen Lebenswandel geführt und ob er im Stande ist, sich und seine nicht arbeitsfähigen Angehörigen zu ernähren, darüber ist die Aufenthaltsgemeinde zu hören. Die Einbürgerung in einen Bundesstaat darf nach Paragraph 9 erst erfolgen, nachdem durch den Reichskanzler festgestellt worden ist, daß keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken dagegen erhoben hat. Die Bedenken können nur auf Tatsachen gestützt werden, welche die Versorgung rechtfertigen, daß die Einbürgerung des Antragstellers das Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates gefährden würde. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate hat den Anspruch auf Niederlassung und Aufnahme in jedem anderen Bundesstaate zur Folge. Es sind also gewissermaßen bei einer Einbürgerung alle Bundesstaaten mitbeteiligt und müssen vorher gehört werden. Diese Vorschrift bezweckt auch die Wahrung einer gewissen Einheitlichkeit im Einbürgerungsverfahren.

Von den Sozialdemokraten war beantragt worden, daß Ausländer nach zweijährigem Aufenthalt im Inland ein Recht auf Einbürgerung haben sollten. Diesem Verlangen wurde von keiner Seite stattgegeben. Von einem Vertreter der verbündeten Regierungen wurde betont, daß die Einräumung eines solchen Rechts gleichbedeutend wäre mit der Aufhebung jeden Gastrechts. Wir hätten im Inland eine Million Ausländer und die Folgen ihrer Aufnahme nach Zeit wären unabsehbar. Vom Kollegen Abg. Beder-Arnstberg wurde zugegeben, daß der Antrag einen berechtigten Kern habe und geeignet wäre, beherrschliche Schikanen gegen Ausländer hinauszuhalten. Die unbedingte Zulassung und Einbürgerung derselben würde aber die Interessen der einheimischen Arbeiterschaft aufs schwerste gefährden und schädigen. Ausländische Arbeiter, auf niedriger Kulturstufe als wie die deutschen Arbeiter, werden von gewissen Unternehmern gerne herangezogen, weil sie meist anspruchslos und billiger sind; sie werden vielfach als Lohnbrüder benützt. Das haben auch Sozialdemokraten oft und oft hervorgehoben. Die Vertreter der soz. Reichstagsfraktion aber fielen über Beder her und schimpften ihn nicht wenig, um ihre eigene Ungeschicklichkeit und Verantheit zu verdecken. Die gewerkschaftlich geschulten deutschen Arbeiter danken aber dem Abg. Beder dafür, daß er die unsinnigen Anträge der Sozialdemokraten im Reichstag bekämpft hat. Auf seiner Seite stehen zweifellos auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission vom 22. April 1911 schrieb in einem Artikel über die ausländischen Arbeiter in Deutschland folgendes:

„Unzweifelhaft ist die Durchsetzung des deutschen Proletariats mit anderssprachigen Elementen fremdartiger Kulturen keine gleichgültige Angelegenheit. Weherbergt doch das Deutsche Reich mindestens 800 000 Arbeiter... Die stärksten Ansammlungen ausländischer Arbeiter finden sich in Rheinland-Westfalen, in Sachsen und Schlesien. Da es sich hierbei zu einem beträchtlichen Teile um Slawen, Polen, Tschechen, Kroaten, handelt, die die industrielle Arbeiterarmee indirekt verstärken und den Lohn drücken, sind sie den deutschen Industriellen willkommen.“

Hier werden also die Ausführungen des Kollegen Beder glatt bestätigt. In demselben „Korrespondenzblatt“ wird einige Monate später am 26. August 1911 ein Ausspruch des Abg. Regien von 1909 wiedergegeben bezüglich der Lage der amerikanischen Gewerkschaften. Diese sei schwierig, weil sie mit Millionen hineingeworfener indifferenter Arbeiter zu rechnen hätten, die als Lohnbrüder auftraten und gegen die sie sich wehren müßten. Die deutschen Arbeiter erlebten Ähnliches. Dann wird gesagt, daß diese Worte Regiens in Parteikreisen bei der internationalen Sozialdemokratie Anstoß erregt hätten.

Um einen Hinweis zu haben, druckte dann Regien in seinem Blatte einen Artikel ab, aus dem „Vorwärts“ in St. Franzisko vom 27. Mai 1911, von Cameron King. Dieser Artikel verweist auf Karl Marx und Stellen aus dem „Kommunistischen Manifest“, um nachzuweisen, daß die Ausschließung der gelben Rasse von der Einwanderung berechtigt sei. Wenn einige wissenschaftlich-revolutionäre Genossen das Entgegengesetzte verfechten und sich dabei auf den Stuttgarter Kongreß beriefen, der sich von rein akademischen Anführungen hätte leiten lassen, so stellen sie sich damit in Gegensatz zur Nationalregierung der amerikanischen sozialdemokratischen Partei.

Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß 1913 in London wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen den Erfaß europäischer Seeleute durch Schlechtentlohnate Wlanten wendet. In der Begründung wurde ausdrücklich betont, daß es sich um die Behauptung der durch die Konkurrenz gefährdeten Lebenshaltung handle.

Der Antrag der Sozialdemokratie im Reichstag über die Einbürgerung von Russen Tür und Tor geöffnet. So wahrte diese „einzige echte Arbeiterpartei“ die Inter-

essen der heimischen Arbeiterschaft. Um die Konfusion im roten Lager in noch helleres Licht zu rücken, sei noch kurz auf ein Flugblatt verwiesen, welches das soz. Gewerkschaftsblatt Stuttgart Ende September 1913 verbreitet hat. In demselben wird gesagt: „Ein Klassenbewußter Arbeiter unterstützt kein ausländisches Tabakmonopol.“ Es wird damit also auch die Arbeit ausländischer Arbeiter abgewiesen. In München haben im Stadtparlament die Sozialdemokraten ihre Zustimmung dazu gegeben, daß nur heimatberechtigter Arbeitslose Unterstützung erhalten sollen. Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Wirtswart im roten Lager ist dadurch entsprechend gezeichnet.

Zugunsten der Ausländer enthält das neue Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz die Bestimmung, daß Ausländer, die wie Deutsche mindestens ein Jahr einwandfrei beim Militär gedient haben, Anspruch auf Einbürgerung haben. Auf Antrag hin muß ein solcher Ausländer von dem Bundesstaat, in dessen Gebiet er sich niedergelassen hat, eingebürgert werden. Der Antrag ist aber innerhalb zweier Jahre nach der Volljährigkeit zu stellen. Auf Ausländer, die in einem deutschen Bundesstaate geboren sind und bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres sich dauernd dort aufgehalten haben, finden die Bestimmungen des oben mitgeteilten Paragraphen 9 keine Anwendung, sofern der Antrag auf Einbürgerung vor Vollendung des 23. Lebensjahres beantragt wird. Wichtig ist auch die Vorschrift, daß die Witwe oder geschiedene Ehefrau eines Ausländers, die zur Zeit ihrer Entschließung eine Deutsche war, das Recht auf Wiedereinbürgerung hat. Zu erwähnen ist noch, daß an Ausländer, die sich in einem deutschen Schutzgebiete niedergelassen haben, die unmittelbare Reichsangehörigkeit verliehen werden kann.

Die Wiedereinbürgerung ehemaliger Deutscher ist im neuen Gesetz erleichtert worden. Es heißt diesbezüglich in Paragraph 13: Ein ehemaliger Deutscher, der sich nicht im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaate, dem er früher angehört hat, auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er den Erfordernissen des Paragraphen 8 Absatz 1 Nr. 1, 2 entspricht; dem ehemaligen Deutschen steht gleich, wer von einem solchen abstammt oder an Kindes Statt angenommen ist.

Konjunktur- und Arbeiterverhältnisse in der bayerischen Oberpfalz

Im Wirtschaftsleben der Gegenwart folgen wie überall auf die fetten, mageren Jahre. In dem einen Landstrich beginnen sie früher, im anderen später. In der sonst aufblühenden Oberpfalz hat im dritten Vierteljahr eine Geschäftsflaute eingesetzt. Sie traf ganz besonders die Emailier- und Sülten-Industrie. Es ist eine bekannte Tatsache, daß es die Unternehmer verstehen, die Läden einer Geschäftsflaute ganz oder teilweise auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Durch folgende Zeilen wird dieses abermals bewiesen. Es sei vorausgeschickt, daß kein Unterschied zwischen den hiesigen Staats- und Privatwerken besteht. Jeder Teil hat es verstanden, die Lasten mehr oder weniger abzuwälzen.

Die Geschäftsflaute begann in der Emailierindustrie. In Eschmühle bei Amberg sind in dieser Industrie etwa 300 Arbeiter beschäftigt, deren wöchentlicher Verdienst 15 bis 20 Mark beträgt. Daß die Arbeiter davon nichts auf die hohe Kante legen können, bedarf keines besonderen Beweises. In der flauen Zeit mußten die Arbeiter ungefähr sechs Wochen lang täglich auf die Hälfte ihres Verdienstes verzichten. Es wurden nur fünf Stunden gearbeitet. Die Not war groß. Viele gelobten sich, wenn es besser geht, wird in den Verband gegangen, damit es endlich anders wird. Jetzt wird wieder voll gearbeitet, ihr Gehalt haben die Arbeiter aber vergessen.

Im Amberger Emailierwerk ging die Konjunktur ebenfalls zurück, wenigstens sagte man dieses, wenn hier und da einer von Lohnminderung einkam. In den letzten Tagen ist auch der Kurs der Aktien der Margutte gefallen, das hängt wahrscheinlich mit der geplanten Kapitalüberwälzung zusammen. Trotz des guten Gewinnes ist die Lohnminderung der Arbeiter im letzten Jahre ausgeblieben. Die Aktionäre werden im nächsten Jahre sicherlich nicht zu kurz kommen. Das dürfte besonders den Verbündeten zu denken geben. Bestere haben bekanntlich eine Eingabe an die Direktion gemacht, sie wünschten eine Lohnminderung von 60 Pfg. (!) pro Tag und Arbeiter. Diese ist ohne viel Federlesen in den Papierkorb gewandert. Die Mitglieder warten wenigstens schon ein Vierteljahr auf die Antwort ihres Vorstandes.

In den Staatsbetrieben schaut es gegenwärtig traurig aus. In der Amberger Kautschukfabrik ist es zu größeren Entlassungen in der Eisen- und Röhrengefäherlei gekommen. Es mögen gegen 180 Mann entlassen worden sein. Daneben hat in der Handwerksgefäherlei ein Akkordabzug stattgefunden. Im Amberger Werk wird über die Behandlung sehr geklagt. Beim Akkordmachen wird auf den Betzeln einfach der Preis des Stückes verzeichnet und damit fertig. Wenn der Arbeiter nachschaut, fehlt für das Stück 1 Mark und wenn es ein anderer macht, fehlt wieder etwas. Sagt ein Arbeiter etwas, dann heißt es: „Sie müssen eben mehr arbeiten.“ Mancher „Verbrecher“ wird jetzt auf Korn genommen. Das geht ganz besonders deshalb gut, weil ja wohl Arbeiter weniger geworden sind, nicht aber die Vorgesetzten. Vor Kurzem wurde ein Arbeiter, der sich erlaubte in Gemeinschaft mit einem andern zu fragen, wieviel man eigentlich für das Stück bezahlt würde, vom Ingenieur drei Wochen abgelegt, obwohl er nach der Arbeitsordnung gar nicht das Recht zu einer solchen Strafe hat. Nicht einmal der Amtsvorstand soll verständigigt worden sein. Erst als der Organisationsvertreter vorstellig wurde, gelang es, die Strafe rückgängig zu machen, auch wurde die Behandlung wieder besser. Der Mann war deshalb bekräftigt worden, weil er angeblich berjemige sei, der immer etwas habe.

Die Genossen schlagen einen Vorstoß, wollen Himmel und Hölle in Bewegung setzen und hinterher wird aber nichts gemacht. Unsere Kollegen werden mit in den Strudel gerissen und verbrennen sich für andere den Mund. Die Genossen lassen sich dann ins Fräsechen. Wenn die es bekommen, bekommen wir auch was“, lautet ihr Grundsatz. Diese Gezeiher kommen nicht bloß in der Handels- sondern auch in der

Röhrengefäherlei vor. Unseren Kollegen sei angeraten, sich an die richtige Stelle zu wenden, das ist die Geschäftsstelle. Mit großem Geschrei ist noch nie etwas erreicht worden. Man weiß eben zu gut, daß es nur Geschrei ist.

In Weidhammer bekommen die Arbeiter die schlechte Zeit wohl am meisten zu spüren. Hier kam Anfang Mai ein neuer Bergmeister. Die Arbeiter setzten große Hoffnungen auf ihn, obwohl er von Bergen her nicht gerade als der beste Arbeiterfreund geschätzt worden war. Leider hat sich die Hoffnung nicht erfüllt. Schon im ersten Monat wurde über Akkordabzüge geklagt. Die anderen Monate ging es nicht besser. Darauf gaben wir Fragebogen heraus, um den Verdienstgang feststellen zu können. Das Resultat ist folgendes:

74 Akkordarbeiter lieferten die Fragebogen ein. Sie verdienen unter der alten Leitung:

Januar	insgesamt 6779,23 M.,	Monatsdurchschnitt 91,61 M.
Februar	6623,43 „	86,89 „
März	88 5,3 „	92,63 „
April	7349,82 „	99,32 „

Unter der neuen Leitung wurde folgender Verdienst erzielt:

Mai	insgesamt 5788,52 M.,	Monatsdurchschnitt 78,28 M.
Juni	5796,33 „	78,32 „
Juli	6392,58 „	85,58 „
August	5214,32 „	70,87 „

Die 74 Akkordarbeiter verdienen in den ersten 4 Monaten 27 607,51 Mark. und in den zweiten vier Monaten 23 160,75 Mark. Also einen Wagnerverdienst von 4446,76 Mark. Wenn das noch acht Monate so weiter geht, dann hat das Werk die Lohnminderung von 20 Pfg. im letzten Jahre, allein an den 74 Mann verbient. Die Zusammenfassung kann allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen, aber sie zeigt, wie man Staatsbetriebe „rentabel“ gestaltet.

In einer hiesigen Zeitung erschien ein Artikel, den Verfasser kennen wir nicht; in dem Artikel wurde den Arbeitern geraten, sie müßten sich gebuden, es gehe schon wieder besser. Wir sind die Antwort nicht schuldig geblieben. Warum sollen die Arbeiter allein die Kosten zahlen? Weidhammer und manche andere Werke haben sich in den früheren Jahren, als die vielen Beamten noch nicht da waren, auch ohne Akkordminderungen rentiert. Man hat den Formern Hilfskräfte verschrieben, wo bleiben sie? Wie sollen die Arbeiter ihre Familien mit 70,87 Mark pro Monat durchbringen. Dazu kommt noch, daß man in Weidhammer trotz heftigen Streikens der Arbeiterschaft, den Arbeitslohn von 5 Uhr auf halb 6 Uhr gesetzt hat. Wir werden dafür sorgen, daß diese Vorkommnisse in der breitesten Öffentlichkeit bekannt werden. Gegner der Staatswerke sind wir nicht. Wenn es aber so weiter geht, dann ist es kein Wunder, wenn heute unter der Arbeiterschaft die Meinung vorherrscht: „Schlechter kann es uns im Privatbetrieb auch nicht gehen.“ Gottw. trifft nicht alle Werkleitungen die Schuld; doch darf hier ein andermal.

In Hohenwörth wurde während der flauen Mittwoch ein Fetersticht eingelegt. Die Handhabung dieser Maßnahme hat aber viele Klagen hervorgerufen. Aussehen braucht nur das halbe Werk, ein großer Teil arbeitet. Es kommt vor, daß Leute, die nebenbei Landwirtschaft betreiben, fremde Hilfskräfte einstellen, um mit den Arbeiten dahin fertig zu werden. Wenn andere feiern müssen, arbeiten sie, diejenigen, die auf ihren blanken Verdienst angewiesen sind, können zu Hause bleiben. Auch könnte man die Arbeit etwas besser verteilen. So wurde uns mitgeteilt, daß ein Gelbgießer mit Befehlen an jedem Mittwoch arbeitet. Er hat verbient bis zu 235 Mark im Monat. Gelbguß kann nun jeder Former herstellen. Wir meinen, wenn schon Lasten getragen werden müssen, dann soll auch jeder etwas tragen. Sonst könnten die Vorgesetzten in den Geruch kommen, daß der, den man gut zu leben hat, arbeiten darf, während die anderen feiern müssen. Ueber die Festsetzung der Akkorde wird auch geklagt. Unser Verband hat der Werkleitung wie der Generaldirektion diese Angelegenheiten unterbreitet. Öffentlich wird es besser.

In den Landtags-Verhandlungen wurde darauf hingewiesen, daß in diesem Etat ein kleiner Ueberfluß bei den Staatswerken zu verzeichnen sei. Dieser Anfang zur Besserung ist erfreulich. Die Freude aber wird durch obige Vorkommnisse sehr getrübt. Es heißt, alle Kräfte anspannen, damit es anders wird. Unsere Kollegen aber müssen sich rühren. Wer sich nicht rührt, wird keine Erfolge erzielen. Nur der Zusammenschluß in der Organisation bringt dauernde Verbesserungen. Den Sültenarbeitern hilft kein Mundspitzen, es muß geputzt werden. Sorge jeder, daß er gerührt ist. S.

Koalitionsrecht und Arbeiterverhältnisse im märkischen Sauerlande

Die Fabrikation von Gießblech aus Britanniametall und Aluminium, ist im märkischen Sauerlande schon seit den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu Hause. Fast nirgends hat sich diese Industrie solch eine Heimstätte erworben wie hier. Sie ist hervorgegangen, aus der Fabrikation von Zinnwaren, Eis- und Röhrengeräten. Letztere führt ihren Ursprung auf das Jahr 1770 zurück. Neuerdings hat die Fabrikation von Gießblech aus Britanniametall, der Herstellung aus Aluminium weichen müssen. Zur Zeit ist die Konjunktur in diesem Industriezweig nicht rosig, das zum Teil auf die Schmutzkonkurrenz einiger Betriebe im Rheinlande zurückzuführen ist. In dieser Zeit der weniger guten Konjunktur suchen die Arbeitgeber die Ware billiger herzustellen, ein Beginnen, das ihnen keiner verwehren wird und will. In den Schleifereien sind die Organisationsverhältnisse gut, darum versuchen die Unternehmer in diesen Betrieben keine Lohnreduzierungen vorzunehmen. Man versucht das Ziel durch Erfinden und Ausprobieren neuer Maschinen ganz besonders in den Gießereien zu erreichen. Die Gießer sind nicht so gut organisiert wie die Schleifer, daher schlägt man in den Gießereien, wenn die Arbeiter nicht sofort auf die Angebote der Arbeitgeber eingehen, auch mal andere Töne an.

Die Firma J. W. Dunkel-Wertheim, unseren Kollegen noch bekannt von dem vorjährigen 17wöchentlichen Streik der Bfellschleifer, huldigt auch dem Grundsatz, möglichst billige Ware herzustellen. Auch hier wird versucht, durch neue Maschinen dieses Ziel zu erreichen. Da die Gießer dieser Firma bis jetzt noch nicht den Wert des Zusammenschlusses eingesehen haben, also noch unorganisiert sind, konnte die Firma auch dort einen anderen Ton riskieren, als die Gießer sich mit den

neuen Löhnen nicht einverstanden erklären wollten. Während es bei anderen Firmen bis jetzt noch immer üblich gewesen ist, solche Differenzen durch eine Aussprache mit den beteiligten Arbeitern oder durch eine Bekanntmachung in dem Betriebe zu regeln, schlägt diese Firma einen andern Weg ein. Sie handelt nobel und schickt den einzelnen Arbeitern Briefe ins Haus.

Lassen wir einige Briefe folgen, sie liegen im Original vor.

Herrn N. N.!

Nachdem Sie ablehnen, zu den Ihnen angegebenen Akkordlöhnen zu arbeiten, geben wir Ihnen hiermit eine letzte Frist von 24 Stunden. Haben Sie bis morgen Abend nicht erklärt, daß Sie unsere Akkordlöhne annehmen, sehen wir uns veranlaßt, uns nach anderen Gießern umzusehen. Indessen geben wir Ihnen nochmals anheim, sich die Sache zu überlegen. Wir wollen Ihren Schaben durchaus nicht, wir verlangen aber, daß die Arbeitszeit ausgenutzt wird und nicht wie bisher nur fünf Stunden täglich gegossen wird. In ca. acht Tagen bekommen Sie einen Apparat mit drei Formen, Sie können alsdann wesentlich mehr gießen und wollen wir Ihnen insoweit entgegenkommen, als wir Ihnen bis zur Inbetriebnahme dieses neuen Apparates außer den von uns angegebenen Akkordlöhnen eine tägliche Zulage von Mk. 1.- bezahlen. Dieses ist unser letztes Wort, handeln Sie jetzt nach Ihrem Gutdünken.

Unterschrift.

Eine Woche darauf erhielt der gleiche Arbeiter nachfolgendes Schreiben:

Werbhof, 1. Juli. 1913.

Herrn N. N.!

Wir bezahnen Ihnen von heute ab den Ihnen bekanntgegebenen Akkordlohn. Sind Sie mit demselben nicht einverstanden, so geben wir Ihnen anheim, zu kündigen und erhalten Sie in diesem Falle für die 14tägige Kündigungsfrist Tagelohn. Wird Ihre Kündigung nicht gekündigt, erwarten wir Sie mit dem Akkordlohn einverstanden.

Unterschrift.

Als Antwort reichten die Gießer die Kündigung ein und suchten in anderen Betrieben unterzukommen. Aus diesen Briefen gewinnt man ein Bild davon, wie die Arbeitgeber mit den Arbeitern umspringen, von denen sie wissen, daß sie unorganisiert sind. Einen durch gemeinsame Verhandlung festgesetzten Akkord gibt es nicht. Der Lohn wird einfach von der Werkleitung diktiert, ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeiter damit einverstanden ist oder damit auskommen kann. Wie lange wird es noch dauern, daß auch diese Arbeiter die Wahrheit des Wortes: Einigkeit macht stark, einsehen und sich dem christlichen Metallarbeiterverbände anschließen? An unsere Kollegen, besonders die aus der Schlüsselbranche richten wir hiermit die dringende Bitte, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte unorganisierte Arbeiter dieser Branche sich dem christlichen Metallarbeiterverbände angeschlossen hat.

Allgemeine Rundschau.

Renegat Köhling und die „Metallarbeiterzeitung“

Wiederum befaßt sich das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes (Nr. 92) zwei Spaltenlang mit der Köhling'schen Subskription. Wir haben keine Veranlassung auf das von Geschäftigkeit gegen die christlichen Textilarbeiterverband strotzende Geschreibsel einzugehen, ist es doch diktiert, von dem Bestreben, die roten Metallgenossen über die Mißere in Stuttgart und an der Wasserkanäle hinwegzubringen. Auch bezweigen brauchen wir uns nicht mehr mit den Gallimathias des Blattes zu befassen, weil wir in der vorigen Nummer alles gesagt haben, was zur Sache zu sagen ist. Im übrigen kann ruhig das Ergebnis der Gerichtsverhandlung abgewartet werden.

Um aber die geübte Kampfesweise der Metallarbeiterzeitung an den Pranger zu stellen, seien hier die Urteile einiger anderer sozialdemokratischer Gewerkschaftsblätter über Köhling und sein Nachwerk wiedergegeben:

Die sozialdemokratische Sozialarbeiter-Zeitung (Nr. 41/1913) schreibt:

Wir müssen offen gestehen, daß uns der Verfasser der Schrift nicht sonderlich sympathisch erscheint. Es macht immer einen unersprechlichen Eindruck, wenn jemand, der eine Reihe von Jahren im Dienste einer Organisation stand und von unzähligen Dingen Kenntnis hatte, ohne sich an ihnen zu halten, dann plötzlich moralische Umwandlungen bekommt, wenn er mehr oder weniger freiwillig aus dem Dienste dieser Organisation ausgeschieden ist. Man wird Enttäuschungen solcher Art von vornherein ein gewisses Mißtrauen entgegenbringen.

Noch deutlicher drückt sich der „Proletarier“, das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, aus. Er schreibt in Nr. 41/1913:

Danach (nach Köhling's Erzählungen), soll Schiffer nicht nur Verbandsmitglied sein, sondern auch für sich gekauft, sondern auch die zweiten Schlüssel zum Selbstvertrauen ohne Wissen des Kassierers im Besitz gehabt haben. Zwar behauptet Köhling nicht, daß Schiffer den Schlüssel nun auch gekündigt habe, aber er teilt mit, daß wiederholt Geldbeträge aus dem Schrank verschwunden sind, und überläßt es dem Leser, den Zusammenhang mit dem Schlüsselbesitzer zu finden. Damit ist die Schrift eigentlich schon gekennzeichnet. Es ist die Sage eines Menschen, der sich mit seinen jetzigen Freunden und Bekannten gegenüber überworfen hat. Solchen Schriftstücken „Rechtfertigungen“ gegenüber ist immer Mißtrauen am Platze. Vor allem dann, wenn sie so unüberwindlich persönlich zugespitzt und zweideutig formuliert sind wie die des Köhling. Wir lehnen es deshalb nicht nur ab, uns die Anschuldigungen gegen Schiffer zu eigen zu machen, sondern wir verzichten auch gerne darauf, sie hier im einzelnen wiederzugeben.

Wir haben dieser Charakterisierung Köhling's, die sich die „Metallarbeiterzeitung“ hinter den Spiegel stecken kann, nichts zuzufügen. Dieses Urteil aus gegnerischer Munde stimmt mit dem unserigen überein.

Erwartung in der Jugendpflege

Den mannigfachen Bestrebungen zur Förderung der körperlichen und geistigen Entwicklung der Jugend bringen die christlichen Gewerkschaften wohlwollendes Verständnis entgegen, wenn sie nicht über die von der Vernunft gezogenen Grenzen hinausgehen. Wohin es führen kann, wenn dieses Maß nicht eingehalten wird, zeigt Vormundschaftsrichter Landsberg im Zentralblatt für Vormundschaftsweisen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung (Wien). Er schreibt auf Grund seiner Erfahrungen:

„Die Freude am Sport, an der sogenannten harmonischen Ausbildung des Körpers, zeitigt häufig Erscheinungen, die nicht erfreulich sind, die auf einen Fehler, eine böse Einseitigkeit hinweisen. Der Arzt konstatiert mit Schrecken zahlreiche, durch übertriebenen Sport verursachte Herzleiden und sonstige Fehler. Vor mein Forum als Vormundschaftsrichter werden nicht mehr selten Jünglinge gebracht, denen der Sport die Arbeitslust erlöhrt oder beschränkt hat und alle Hoffnungen der Eltern aufzuheben werden läßt. Da kommt ein Lehrling, der sein Meister entlassen will, weil er die Arbeit um des Fußballspiels willen vernachlässigt. Da kommt ein sorgenvoller Vater eines Gymnasiasten und klagt, daß sein vor dem so fleißiger Sohn nicht mehr lerne, weil ihn die Angelegenheiten des Fußballklubs und des Turnvereins gänzlich gefangen halten. Das sind Anfänge. Die weitere Entwicklung führt oft, recht oft zu gänzlicher Entartung, Arbeitsflucht, Abzug auf die Landstraße, kurz, zu alledem, was man durch Pflege dieser Spiele und Vereine gerade hat vermeiden wollen. Kurz, hier liegen die Gefahren, aus denen ich vorläufig noch keinen Ausweg sehe. Vielleicht ist der Ausweg der, daß man wieder mehr die geistige Kultur betont. Mag sein, daß wir eine Zeilang allzu einseitig die Körperkultur vernachlässigt haben. Das ist aber keineswegs ein Grund, nunmehr in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen. Körperkultur darf nur eine Kultur der Körpergesundheit sein, und zwar der Gesundheit im Dienste der Geisteskultur. Heilig die Kraft des Körpers, der ein hoher Geist entspringt! Nichts, gar nichts nützt die Kraft des Körpers, die nur dem Tier dient, den Geist und die Geistesgemeinschaft der Eblen aller Zeiten verachtend. So warne ich denn auf das eindringlichste, einem ohnehin materialistischen Geschlechte immer wieder nur natürliche Antriebe zu geben, Anregung zu ziel- und weisem Sein und Tun. Ich kann das nicht mitmachen, ich wende mich energisch gegen eine Entwicklung und Denkrichtung, die uns letzten Endes nicht hinführt zur sittlichen Erlösung der deutschen Jugend, sondern zu indianischer oder Leberstrumpfbarbarei.“

Vielere Schlussfolgerung zitiert die christlichen Gewerkschaften voll und ganz bei. Gegen die Entartung der vortlichen Betätigung sind jedoch die jugendlichen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften bereit. Das ernste Streben und die positive Arbeit der christlichen Gewerkschaften machen solche Entartungen unmöglich. Der Einblick in das Ringen und Streben der christlichen Arbeiterschaft nach Gleichberechtigung und besseren Existenzbedingungen, den die jungen Leute dort erhalten, ist am besten geeignet, in ihnen Berufsstolz und edle Begeisterung zu wecken und zu erhalten. Das ist der beste Schutz gegen übertriebenes Sportexzessum und dadurch entstehende Arbeitsunlust.

Wo bleibt der Gewinn der Volksversicherungs-gesellschaften?

Die drei neuen Volksversicherungs-gesellschaften, welche in diesem Jahre den Geschäftsbetrieb aufgenommen haben, arbeiten jagungsgemäß auch dem Grundged der Gemeinnützigkeit. Sie betätigen diesen, indem sie die Verzinzung des Stammkapitals stark beschränken, eine Gewinnbeteiligung ausschließen und den Aufsichtsratsmitgliedern keine Lohntien zahlen; doch bestehen immerhin gewisse Vorbehaltsrechte in der Form der Gewinnverteilung, die für die Versicherungsnehmer nicht ohne Bedeutung sind.

Die „Deutsche Volksversicherung“, zu der die christlichen Gewerkschaften im Vertragsverhältnis stehen, schreibt von dem Gesamtgewinn zunächst einmal 80 Proz. den Versicherten zu. Bis zu 10 Proz. des Restes können zur Bildung außerordentlicher Rücklagen Verwendung finden. Erst aus dem dann verbleibenden Reste darf eine Dividende an die Aktionäre verteilt werden, welche den Höchstfuß von 4 Proz. des Stammkapitals aber nicht übersteigen darf. Es liegt auf der Hand, daß selbst bei gutem Geschäftsgang der Gewinn recht erheblich sein muß, wenn diese 4 Proz. des Stammkapitals erreicht werden sollen.

Die sozialdemokratische „Vollfürsorge“ gibt zunächst ihren Aktionären 4 Proz. Dividende; erst der hiervon verbleibende Ueberschuß wird den Versicherten als Dividende zugeschrieben. Hier werden also zuerst die Aktionäre berücksichtigt, während bei der „Deutschen Volksversicherung“ zuerst die Versicherten kommen. Zu berücksichtigen ist dabei noch, daß die „Vollfürsorge“ ihren Aufsichtsratsmitgliedern außer dem Gehalt ihrer baren Auslagen eine Vergütung gewährt, die pro Jahr insgesamt soviel mal 250 Mk. beträgt, als der Aufsichtsrat Mitglieder zählt, während die „Deutsche Volksversicherung“ derartige Vergütungen nicht kennt.

Die öffentlichen Anstalten haben ihr Stammkapital geliehen erhalten. Sie müssen es nach Ablauf weniger Jahre mit dreieinhalb bzw. vier Prozent verzinsen und zum Teil alsdann auch die Zinsen für die ersten Jahre allmählich nachbezahlen. Die Versicherten haben daher auch hier nur Anspruch auf Dividenden, sofern die Zinsen vorher gedeckt sind. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß die öffentlichen Anstalten ihre Beiträge und Versicherungssummen so berechnet haben, daß sie bei normalem Geschäftsgang ohne eigentlichen Gewinn abschneiden, also auch keine Dividenden verteilen werden.

Aus dieser Nebeneinanderstellung der verschiedenen Bestimmungen über die Gewinnverteilung geht zweifellos hervor, daß die „Deutsche Volksversicherung“ den Versicherten am weitesten entgegenkommt und daher mit vollem Recht als das Idealbild einer wirklich gemeinnützigen Volksversicherung angeprochen werden kann.

Ämtlicher Stellennachweis für Angestellte in der Sozialversicherung

Das preussische Ministerium für Handel, Gewerbe und Verkehr dem 8. September 1913 eine Verfügung erlassen, wonach das Rgl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin beauftragt wird, einen Stellen-Nachweis für Angestellte der Sozialversicherung zu errichten.

Die bemerkenswerte ministerielle Verfügung hat folgenden Wortlaut:

„Für den Bereich der Arbeiterversicherung fehlte es bisher an einer einheitlichen Regelung für die Vermittlung des Angebots und der Nachfrage hinsichtlich der Beschäftigung im Geschäftsbetriebe der Versicherungsträger. Nachdem durch die Errichtung von allgemeinen Ortskrankenkassen und von Landkrankenkassen die Nachfrage nach geeigneten Arbeitskräften für die Kasienverwaltung wesentlich gesteigert worden ist, ist das Bedürfnis nach einer Vermittlungsstelle stärker in den Vordergrund getreten. Ich habe infolgedessen das Königl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin in Charlottenburg, Berliner Straße Nr. 11, beauftragt, einen Stellenanzeiger für die Arbeiterversicherung herauszugeben, der zunächst als Beilage des Mitteilungsblattes der Handels- und Gewerbeverwaltung erscheinen wird. In dem Anzeiger sollen alle Stellengesuche und Stellenangebote veröffentlicht werden, die sich auf die Beschäftigung im Geschäftsbetriebe von Krankenkassen, Berufsvereinigungen und von Versicherungsämtern beziehen, soweit es um Stellen handelt, für deren Besetzung nur Beamte kommen.“

Alle Gesuche um Aufnahme von Anzeigen sind ausschließlich an das genannte Oberversicherungsamt zu richten. Drudlegung ist der Firma Carl Heymanns Berlin W 8, übertragen, an die alle Anfragen wegen Ausgab des Blattes zu richten sind.

Der Preis für die Veröffentlichung eines Stellenangebots beträgt für die 48 Millimeter breite Zeile 25 Pfg., wovon der Preis für Stellengesuche nur 10 Pfg. beträgt. Entfallenden Kosten werden von der Firma Carl Heymanns Verlag berechnet und eingezogen. Alle Selbstbungen dorthin zu richten.

Gegen Einbindung von 10 Pfg. wird jede Nummer des Anzeigers den Beteiligten postfrei zugesandt.

Ich erlaube Sie, die Krankenkassen und die Versicherungsämter auf das Erscheinen des Stellenanzeigers aufmerksam zu machen.“

Die Kollegen, welche die Fähigkeiten zur Verrichtung eines Amtes als Angestellter der Krankenkassen, Berufsvereinigungen oder der Versicherungsämter zu besitzen glauben, gen sich rechtzeitig der bezeichneten amtlichen Stellenvermittlung bedienen.

Die Hirsch-Dunder und die Krankenkassenwahlen

Kürzlich ist auf die sonderbare Tatsache hingewiesen worden, daß die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften bei den genwärtigen Krankenkassenwahlen mancherorts mit der so demokratischen Richtung gegen die christlich-nationale Arbeiterschaft vorgehen. Dies mußte umso mehr auffallen, da die Leitung der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften gemeinsam den christlichen Organisationen des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen im Wege der sozialdemokratischen Richtung gegründet haben. Nun will das Hirsch-Dunder'sche Hauptorgan „Der Gewerkschafter“ (Nr. 82, 1913) und auch der „Labor“ (Nr. 42, 1913), das örtliche Zusammengehören der Gruppen mit den Sozialdemokraten damit verteidigen, daß Neuwied christliche, freie und Hirsch-Dunder'sche Gewerkschaften und katholische Arbeitervereine eine gemeinsame Liste der Krankenkassenwahl aufgestellt und gewählt hätten. Der Vorgang sei ein Beweis dafür, so behauptet das H.-D. Organ, daß die Vorwürfe gegen die Hirsch-Dunder'sche Richtung gegen die Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie nur Heuschrecke wären.

Das ist eine Verschiebung des Sachverhaltes. Wenn Neuwied sämtliche Arbeiterorganisationen zusammengekommen, um einen Wahlkampf zu vermeiden, so ist das eine andere Situation, als wie in jenen Orten, wo die Hirsch-Dunder'sche mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache gegen die christliche Arbeiterbewegung machen. In diesen Fällen ist es gewöhnlich in Godesberg, Lippstadt, Siegen, Gladbach, Landau. Ueber den Widerspruch, der in die Handlung der H.-D. Leitung in Sachen des Krankenkassenverbandes liegt, kommt das H.-D. Hauptorgan mit leibschäftlichen Ausfällen wie Heuschrecke usw. nicht hinweg.

Vorsicht beim Gebrauch elektrischer Handlampen

Wegen ihrer Bequemlichkeit im Gebrauch beim Reinigen und Ausbessern von Dampfseifen werden gern elektrische Handlampen benutzt. Schon verschiedentlich sind hierbei schon Unfälle vorgekommen, die gewöhnlich einen traurigen Ausgang nehmen. So ist auch im 13. Geschäftsbericht des Dampfseifenherstellers-Vereins Dortmund wieder von einem solchen Unfall die Rede. Ein jugendlicher Arbeiter in einem Eisenwerk zu Schwerte, der beim Reinigen einer elektrischen Handlampe benutzte, wurde durch den elektrischen Strom getötet. Es erscheint deshalb zweckmäßig, nochmals auf amtlichen Bestimmungen beim Gebrauch von elektrischen Handlampen hinzuweisen. Hier der Wortlaut:

1. die Handgriffe müssen aus Isoliermaterial bestehen;
2. Metalleinführungen für die Leitungen in die Griffen sind unzulässig;
3. die äußeren Teile der Lampenfassungen müssen vollständig aus Isoliermaterial bestehen und sämtliche stromführenden Teile der Lampe rührig entziehen;
4. die Schutzkappe, Tragelgel oder dergleichen müssen auf isolierenden Teilen befestigt sein;
5. die biegsamen Leitungen müssen bei der Einführung durch den Griff so geschützt werden, daß auch bei roher Handhabung ein Bruch an der Einführungsstelle nicht befürchtet ist.

Durch eine allseitige Beachtung dieser Bestimmungen werden sich die Unfälle wesentlich einschränken lassen.

Gelbe Wäfenkammer

In Nr. 33 des „Wirtschaftsriedens“, dem Organ der parabischen Gelben, betreibt ein Reserendar Entwürfen. Da Oberst Herr, er wohnt in Bonn. Der Herr ist die verbreitete Praxis der christlichen Gewerkschaften in puncto Streik darlegen. Auf seine Deduktionen im einzelnen einzugehen, ist nicht nötig, weil seine Darlegungen sich im allgemeinen Berliner und gelben Gleise bewegen. Was jedoch mit Bezug auf das Saarrevier sagt, darüber soll ich eine Antwort werden. Er schreibt: „Sie (die christlichen Gewerkschaften) haben sich in der letzten Saarrevier-Verhandlung nicht geschont, die Streikparole auszugeben, obgleich sie nach den trübten Erfahrungen des Jahres 1892 sich jagt mußten, daß sie Tausende von Arbeitern um ihre Arbeit und binnen wenigen Wochen, sobald nämlich die Streikparole ersonst waren, ums tägliche Brot bringen würden.“

Mit dem gleichen Recht und der gleichen Logik könnte man einblick auf die Ereignisse vor hundert Jahren gesagt werden: Sie, die Richter, Gelehrten, Staatsmänner, Dichter und Dichter haben in der damaligen Zeit, sich nicht geschont, die Kriegsparole auszugeben, obgleich sie nach den trübten Erfahrungen der Jahre 1806 und 07 sich jagt mußten, daß sie durch die Kriegsparole Tausende Bürger in wenigen Wochen um Hab und Gut, ja sogar ums Leben bringen würden. Die Streikparole des Staates um mit dem Reich zu reden, waren damals ebenfalls schlecht gefüllt. Mit der Wahrung würde man einen Streiter solcher Zeiten in der damaligen Zeit betrachtet haben. Und die gebredigte Wertschätzung des Verfassers ist nicht ernst zu nehmen, weil die realen Verhältnisse vollständig unberücksichtigt läßt. Was soll seine Verwertung auf die Ausschüsse, die noch nicht sind, bedeuten. Gar nichts! Gerade soviel, als wenn 1813 die Verbündeten an Napoleon gewandt hätten. Wer der Herr Reserendar studieren will, warum die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 mehr gestreikt haben wie die Hohenlimburger, so mag er einmal die Kämpfe in Wenden in Hohenlimburg einer vergleichenden Betrachtung unterziehen. Dann wird er eine andere Meinung bekommen.

Die Gelben wollen streiken!

Auf dem gelben Bundestag in Augsburg ist es zwischen den Berliner und den Kruppischen Gelben zum Bruch gekommen. Inzwischen haben die Berliner, wie unsere Kollegen bereits wissen, sich vom Bunde deutscher Gewerkschaften getrennt und ein Kartell mit einem funktelnagelneuen Programm gegründet. In diesem Programm kommt der Blutspießelne

Charakter dieser Arbeiterorganisation richtig in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

Die Werkvereine verzichten nicht auf das ihnen geistlich zustehende Streikrecht. In der Erkenntnis jedoch, daß die Ueberspannung des Streikgedankens eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen bedeutet, wollen die Werkvereine die Anwendung des Streikrechts nur gelten lassen als das letzte Mittel, wenn alle anderen Wege zur Erreichung oder Erhaltung angemessener Lohn- und Arbeitsverhältnisse vergeblich beschritten worden sind.

Damit stellen sich die Weisen grundsätzlich auf den Boden der von ihnen verkörperten christlichen „Streikgewerkschaften“, denn auch diesen ist der Streik nichts anderes als das letzte Mittel, wenn auf gütlichem Wege nichts mehr zu erreichen ist. Noch einen Schritt weiter, dann ist der Streik geschlossen und die Geschäfte sind wieder angefangen, woher sie gekommen sind, nämlich im roten Lager.

Streiks und Lohnbewegungen.

Sichtiger-Magen. Die Ketten schmiede im Mönchental hatten sich in letzter Zeit in größerer Zahl unserm Verbände angeschlossen. Dadurch war die Möglichkeit gegeben, für ihre keineswegs roigen Verhältnisse eine Besserung anzubahnen. Im Juni wurde den einzelnen Firmen ein neuer Akkordtarif unterbreitet.

Kollegen aus dem Mönchental! Jetzt heißt es, das Ervingene zu halten. Die schönsten Vereinbarungen haben wenig Wert, wenn nicht eine geschlossene Organisation dahinter steht. Es muß jetzt unsere Sorge sein, sämtliche Ketten schmiede reiflos dem Verband zuzuführen.

Gerreshelm. Die Firma Dreher u. Sohn, Drahtzieherei und Stiftenfabrik hat allen Akkordarbeitern einen Abzug in der Höhe von 10 Prozent durch folgenden Anschlag bekanntgegeben:

Entsprechend der niedergehenden Konjunktur und mit Rücksicht auf die bereits wesentlich gefallen und noch dauernd sinkenden Preise für Fertigfabrikate sehen wir uns genötigt, vorübergehend eine zehnprozentige Ermäßigung sämtlicher Akkordlöhne vorzunehmen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rhemania stehen die Arbeiter im Streit.

Die Kugellagerfabrik „Rheinland“ ist wegen Verweigerung des Koalitionsrechtes gesperrt.

Mhlen Westf. Auf der Fabrik für gepalgte Blechwaren Röttering & Bedmann sind Differenzen ausgebrochen.

Gelsenkirchen-Schulte. Bei der „Gutehoffnungshütte“, Abteilung Vöter & Comp., bestehen Differenzen im Fein- und Mehrfachzug.

Essen-Verge-Vorbed. Auf der Zinkhütte in Verge-Vorbed sind Differenzen ausgebrochen.

Söln-Leisdorf. Die Gusspuder der Friedrich-Wilhelmshütte in Leisdorf stehen in Rühldigung.

Lobberich bei Grefeld. Bei der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Tillm. Schweg, ste en die Arbeiter wegen Vertelbligung des Koalitionsrechtes i Kampf.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. Okt. der vierundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Oktober bis 2. November 1913 fällig.

Neue Beitragsmarken

Die Vorsitzenden und Kassierer der Verwaltungsstellen seien jetzt schon darauf aufmerksam gemacht, daß am Jahreschluss neue Beitragsmarken ausgegeben und dadurch die jetzt geltenden im nächsten Jahr nicht mehr verwendet werden.

Militärunterstützung

darf an die vom Militär zurückkehrenden Kollegen nur nach Anweisung der Hauptverwaltung ausgezahlt werden. Es ist dazu auf besonderen Formularen ein diesbezüglicher Antrag zu stellen.

Die Abrechnung

für das dritte Vierteljahr sollte möglichst in den ersten Wochen dieses Monats eingeschickt sein. Da bis jetzt noch eine größere Zahl von Abrechnungen ausbleibt, sei darauf hingewiesen, daß alle Abrechnungen, einschließlich der Belege und Mitgliederlisten spätestens Ende des Monats eingeschickt sein müssen.

Aus Wirtschaft und Technik.

Konjunkturaussichten in der Automobilindustrie

Infolge der Preisermäßigung auf Motorwagen seitens der Daimler Motorenwerke in Unterfrankheim sehen es, als bereite sich ein Konjunkturrückgang in der Automobilindustrie vor.

Der Beschäftigungsgrad auf den großen gemischten Werken

Nach den Berichten des B. B. C., der eine Kundfrage bei maßgebenden Werken veranfaßte, ist der Stand auf den großen gemischten Werken folgender: „Die Mehrzahl der genannten Werke hat in den hydrierten Erzeugnissen bis Jahreschluss und in den freien Produkten sogar bis Frühjahr 1914 ausreichenden Aufträge gebucht.“

Die Nachrichten lauten für den Markt günstig; derselben Ansicht war Kommerzienrat B. Klöner auf der Generalversammlung des Kaiser-Eisen- und Stahlwerkes.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bochum. (Elektro-Monteuze.) Seit einiger Zeit besteht hier eine Sektion für „Elektro-Monteuze und für die in der Elektro-Industrie tätigen Personen“, welche sich gut entwickelt hat.

Essen, Düsseldorf, Krefeld weit zurück. Ebenso ist eine Regelung des Montagewerks bringen notwendig.

Die Elektriker haben ein, daß nur durch den Zusammenschluß im christlichen Metallarbeiterverbände eine Besserung erzielt werden kann.

Neben der wirtschaftlichen Besserstellung soll auch durch diese neugegründete Sektion zur sachlichen Weiterbildung Gelegenheit geboten werden. In einer gutbesuchten Versammlung hielt Herr Dünnwald aus Essen einen Vortrag über die Bedeutung der sachlichen Weiterbildung.

In der Diskussion kam der Gedanke einmütig zum Ausdruck, auch in Bochum, wie das in Essen geschehen sei, einen Fachkurs einzurichten, um allen Berufscollegen die Möglichkeit zu geben, sich weiter auszubilden.

Anmeldungen werden auf der Geschäftsstelle, Rottstr. 13, erste Etage, und in den Versammlungen, welche alle 2 Wochen Samstags abends im Lokal Hugo Schab, Obere Marktstraße, stattfinden, entgegengenommen.

Aufgabe aller Kollegen muß es jetzt sein, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Berufscollege für unsere gute Sache gewonnen wird.

St. Ingbert. (Bekanntmachung Metallarbeiter.) Schon oft ist der Bedruck an die Bekennmetallarbeiter des Saargebietes ergangen: „Wacht auf, organisiert Euch und verbessert dadurch Eure Lage.“

Kollege Kettenhofen hielt das Referat, aus dem folgende Gedanken hervorgehoben seien. Von dem Stande der Grubenhandwerker, Maschinenisten und Heizer nehme man im Saarrevier fast gar keine Notiz.

Die Hauptursache der tiefmütterlichen Behandlung seitens der Werkleitungen, sei die geradezu erschreckende Ungünstigkeit dieser Kollegen an den Vorgängen des Wirtschaftslebens und die Teilnahmslosigkeit für ihren Stand.

Nachdem die beiden Kammern vor Jahresfrist für alle Arbeiter eine Lohnerhöhung von 20 Pfg. pro Schicht genehmigt, glaubten die Ausgetretenen ebenfalls, ihren Anteil mitzubekommen.

Die Diskussion ergab volle Einmütigkeit mit den Ausführungen des Referenten. Dann wurde Punkt 2 der Tagesordnung erledigt. Die Anwesenden stellten Kollegen Präb einmütig als Kandidaten für den Arbeiterausschuß auf.

Es ist wirklich an der Zeit, daß die Bekennmetallarbeiter endlich das Gehörte in die Tat umsetzen und sich nicht durch Kleinliche Mätleien fortwährend verheßen lassen, sondern nicht eher zu rufen, bis alle im christlichen Metallarbeiterverband organisiert sind.

Knele. Die sogenannten „Freiwillig-Nationalen“ wie sich die Hirsch-Dunderden in der Neuzeit so gern benennen, nehmen in Bochum...

Zufriedenheit Ausdruck zu geben über den Ausgang der Gewerkschaftswahl in Boele. Bekanntlich brachten es die Hirsch-Dunder auf 124, die christlichen Arbeiter auf 162 Stimmen. Wollten die Hirsch-Dunder mal ein bisschen ehrlich sein und auch ihr Gedächtnis besser zur Hand nehmen, so müßten sie zugeben, daß gerade die Hirsch-Dunder in Boele wenig Ursache hätten, von einem „bedrückenden“ Ausgang der Wahl zu reden. Tatsache ist doch, daß der Bezirksleiter des S.-D. Gewerkschafts Wolf-Hagen im Vorjahre stolz und läßt angab: „Für 150 Stimmen garantieren wir in Boele.“ Wo sind denn nur die 150 Stimmen? Sind diese im Park geblieben oder aber wählten sie die Liste der roten Freunde? Nehmen wir ruhig das Bestere an. Denn die diese Freundschaft, welche seitens der Genossen den Hirsch-Dundern bis auf weiteres gewährt wird, — bis sie wieder einmal eintritt bekommen — muß doch auch belohnt werden. Eigentümlich ist es jedoch, daß im „neutralen“ S.-D. Organ, dem „Regulator“ von Boele, als dem „schwarzen Ort unseres Bezirks“ geredet wird. Wenn die rote Presse das schreibt, ist das zu verstehen, indes ein „neutrales“ Gewerkschaftsblatt? Im Vorjahre bezeichnete der „Ortsverband der Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften in Hagen“, in einem Wahlaufruf in die Anhänger der National-Liberalen, der christlich-sozialen Partei und die des Zentrums als Angehörige des „Misch-Masch-Mocks“ und forderte in einer offiziellen Erklärung zur Unterstützung des Freisinnigen auf. Anscheinend hält man die katholischen Mitglieder und Anhänger der eben genannten Parteien für treue Trottel, die man ruhig verjagen kann, weil ihnen der Mut fehlt, sich zu wehren. Ob sich die Boeler das aber auf die Dauer gefallen lassen, bezweifeln wir. Vor drei Jahren kam es deshalb schon mal zum Kampf im blauen Lager.

Unsere Boeler Kollegen sollten ihrerseits nichts versäumen um die „Freiheitlich-Nationalen“ als das zu brandmarken, was sie wirklich sind. Wer die Vorgänge bei der letzten Gewerkschaftswahl in Boele mit angesehen hat, der muß sagen, besser mit einem Feind kämpfen, der offen sagt, was er will, als mit solchen, die unter falschem Banner operieren, die je nach Bedarf ihre Gesinnung wechseln. Bezeichnend für den Hirsch-Dunderischen Geist mag jene Verheerung sein, die am Wahlabend ein „Freiheitlicher“ zu einem Genossen tat. Singemäßig meinte dieser „Wann bist du Schwatzen (d. h. die christlichen Arbeiter) keinen Mann mit dir, fow er mit aber, men gehörigen an.“ (Die Hirsch-Dunder bringen das fertig, denn sie sind trunke, wie sie einmal stolz in Wetter behaupteten, als sie unserer dortigen Gruppe das Versammlungsfokal abtrieben.)

Es wird Zeit, daß diesen heuchlerischen Elementen entschieden entgegengetreten wird. Haben die Hirsch-Dunder auch in Boele selbst abgewirtschaftet, Aufklärung muß auch den übrigen Arbeitern unserer Umgegend zu teil werden.

Dortmund. Die Gelben werfen im Ruhrgebiet wieder einmal ihre Rede aus. Weil nun ausnehmend die Köder der letzten Jahre nicht mehr gut genug waren, wurden neue Leckerbissen angehängen, um die, die nicht alle werden, einzulangen. Diesmal tritt die Dortmunder Union am gelben Gründungsfeiern. Die Aktion ließ die Gelben vom Eisen- und Stahlwerk Hölch nicht schlafen, auch sie wollten sich gelbe Ruhmesblätter um ihre Schläfen wickeln. Die Arbeiter von Hölch wurden deshalb vor einigen Tagen in der Concordia versammelt, wo ihnen ein Herr König als Referent seine Weisheit über die Arbeiterbewegung zum Besten geben wollte. Die „Melodien“ des gelben Agitationsliteratur sind zu bekannt, als daß man sich die Mühe machen sollte, sie zu wiederholen. Aber es waren einige Töne dazwischen, die einen eigentümlichen Klang hatten; die wollen wir deshalb herausheben und anmerken.

Der Referent machte das interessante Geständnis, daß die Gewerkschaften Jahre hindurch die Interessen der Arbeiter in wirksamer Weise vertreten haben. Dann aber sollen die Gewerkschaften einen politischen Charakter angenommen haben und dadurch soll eine Gefahr für die nationalen Arbeiter entstanden sein. Diese Ansicht ist, soweit wenigstens die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen, aus den Fingern gelogen. Die christlichen Gewerkschaften sind politisch und religiös vollkommen neutral. Ihre Vergangenheit und nicht zuletzt die beiden großen Marksteine Dresden und Essen reden eine nicht mißzuverstehende Sprache.

Daß die freien Gewerkschaften vollständig im Schlepptau der sozialdemokratischen Partei hängen, ist eine bekannte Tatsache. Als „nationaldenkende“ Arbeitern hätte den Werkvereinen der Weg in die christlichen Gewerkschaften offenstanden, da bei diesen eine Verquickung von Partei und Gewerkschaft ausgeschlossen ist. Wenn die Gelben den Schritt nicht taten, mußten andere Gründe vorliegen. Und der Hauptgrund war: Die Christlichen sind „Streikgewerkschaften“. Sie aber, die Gelben, seien die „Wirtschafts-friedlichen“ (lies „Unternehmerrundungen“). In diesem Tone fuhr dann der Referent auch fort. Er wußte über Streik und Kampfgewerkschaften zu berichten, ohne aber auf das soziale Gebiet, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugehen. Streiks entstehen nach der Auffassung des Herrn König nur durch Verheugung der Arbeiter durch unzufriedene außerhalb des Werkes stehende Arbeiter und Beamte der Gewerkschaften, aber nur ja nicht aus den schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen und Mißständen auf den einzelnen Werken besonders in der Großindustrie, und deshalb seien die Arbeiter des Hölch heute zusammengekommen, um einen Werkverein zu gründen, der die Interessen der Arbeitgeber und die Interessen der Arbeitnehmer gemeinsam fördern solle.

Seiner hatte Herr König keine Zeit mehr, auch in der Diskussion sein Licht leuchten zu lassen. An seine Stelle trat ein Herr Werner, Vorsitzender des gelben Werkvereins der Dortmunder Union. Ein christlicher Metallarbeiter stellte eine Anzahl Fragen an ihn und wünschte Aufklärung. Die Aufklärung seitens des Gelbenvorsitzenden ließen den Weg erkennen, den der Werkverein wandert. Er wird nicht gegründet, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Arbeiter zu verbessern. Es werden nur die Wünsche der Arbeiter vorgebracht, die dem Werkverein angehören, die anderen mögen leben, wie sie fertig werden, und diese Wünsche werden von der Direktion berücksichtigt werden. Das war die Antwort auf die Frage, in welcher Weise die Arbeiter zu ihrem Recht kommen, die dem Werkverein nicht angehören können. Zuerst hatte Herr Werner behauptet, daß kein Zwang vorliege, dem Werkverein beizutreten und hier beweist er durch seine Ausführungen, daß man im Werkverein dem Motto huldigt: „Wohltun ist nicht ein Selber sein.“ Also entweder Mitglied des gelben Werkvereins oder die berechtigten Beschwerden des Arbeiters bleiben unberücksichtigt und hierauf wird dem Arbeiter das Stützentor geöffnet. Wo bleibt da der Paragraph 152 der Gewerbeordnung? Wie ausgezeichnet das Werk ist versteht, mit den Arbeitern fertig zu werden, mögen sie jenseitige Vorgänge zeigen. Im Frühjahr d. J. wurde ein Arbeiter unvermutet krank. Die Direktion schickte diesem Arbeiter die Kündigung ins Haus und entzog ihm gleichzeitig die ärztliche Behandlung und Krankengeld. So war dieser Arbeiter gezwungen, um seine Familie ernähren zu können, die Gerichte anzurufen und die Firma Hölch mußte erst verurteilt werden, dem Arbeiter sein Recht zukommen zu lassen. In der gleichen Weise verfuhr man mit einem Arbeiter aus Hörde, welcher an Rheumatismus krank

feierte. Am 1. August schickte man ihm die Kündigung ins Haus und am 15. war er entlassen. Am 2. Oktober fragte der Betroffene von Nachen aus, wo er in Kur weile, schriftlich um Arbeit an, erhielt jedoch zur Kündigung verbleiben müsse. Erst Krankheit — dann Arbeitslosigkeit. Was sagt denn Herr Werner dazu? Als er sah, daß er bei den Arbeitern kein Verständnis für seine gelben Ideen fand, zog er es vor, die Versammlung schließen zu lassen. So blieb dem Arbeiter, welcher es verstanden hatte, die gelben Bestrebungen bis ins kleinste als arbeitereindlich ins grellste Licht zu rücken, nur noch übrig, die anwesenden Kollegen vor dem Beitritt in den Werkverein zu warnen und sie aufzufordern, durch Beitritt in den christlichen Metallarbeiterverband die richtige Antwort über die gelben Werkvereine zu geben. Beifall lohnte dem Arbeiter für seine Auffklärung und es klang wie ein Gelächter, daß die aufrichten Arbeiter auf Hölch auch aufrichte und selbstbewußte Arbeiter und Männer bleiben wollen.

Straubing. Sozialdemokratie in Reinkultur zeigten die hiesigen Genossen bei einer Versammlung, die wegen der Ortskrankenkassenwahlen abgehalten wurde. Während in der Versammlung der nichtsozialdemokratischen Wähler größte Ruhe und Ordnung herrschte und auch dem Gegner eine Redezeit bis dreiviertel Stunden zugestanden wurde, — die tapferen Genossen kniffen aber, als sie Rede und Antwort stehen sollten — war in der sozialdemokratischen Versammlung ein fürchterlicher Lärm. Der Arbeitersekretär Mayer wurde niedergebückt und mußte auf Veranlassung der Versammlungsleitung und infolge des roten Gassenbubengetöses seine Rede einstellen. Ihre ganze sozialdemokratische Erziehung zeigten die Roten aber, als Abg. Oswald redete und sich dabei in durchaus sachlichen Ausführungen bewegte. Mitglieder der Versammlungsleitung waren den Abg. Oswald mit Gewalt vom Rederpult herunter. Im Zorn wurde einem christlichen Wähler ein Bierglas derart an den Kopf geworfen, er trug eine erhebliche Verletzung davon. Die nichtsozialdemokratischen Wähler verhielten sich trotz dieser sozialdemokratischen Rohheiten ruhig und verließen geschlossen den Saal. Eine Aufforderung an den Abg. Oswald, im Saale zu bleiben, lehnte dieser mit dem Bemerkens ab, er sei nur gewohnt, unter anständigen Menschen zu sein.

Der Wahltag am 12. Oktober brachte die richtige Antwort auf das fleghafte Benehmen der Genossen. Geschlossen traten die christlichen Arbeiter für die Liste 1 ein. Der Erfolg war, daß von 1642 abgegebenen Stimmen 1020 auf den Wahlvorschlagn der nichtsozialdemokratischen Arbeiterpartei fielen. Von den gewählten 18 Vertretern der Versicherten sind 11 christlich und 7 sozialdemokratisch. Auf unsere Seite tritt aber auch noch eine Kandidatin der Gegenpartei, welche diese als Ausschlußmitglied auf ihre rote Liste setzten und die auch gewählt wurde. Sie wurde aber noch vor der Wahl genügend aufgeklärt. Deshalb erklärte sie aus freien Stücken öffentlich, daß sie mit den freien Gewerkschaften nichts gemein haben wolle und daß sie jederzeit, für die nichtsozialdemokratische Liste eintreten werde. So haben wir 12 Ausschlußmitglieder gegen 6 der Sozialdemokratischen.

So ist trotz der roten Gewaltpolitik die christliche Liste mit großer Majorität gewählt worden. Fest heißt es aber auch in Straubing, mit aller Kraft arbeiten, um das Ertrugene zu erhalten und auszubauen.

Kollegen!

Sorgt für immer weitere
Ausbreitung
unseres christlichen Metallarbeiter-
Verbandes.

Reheim. Die tosende Mitgliederzelle des rühmlichst bekannten Hirsch-Dunderischen Gewerkschafters, der bei der Bewegung bei der Firma F. W. Bröckelmann eine so „mußterhafte“ Rolle spielte, kann anscheinend nicht zur Ruhe kommen. Er ist als Gewerkschaftler anscheinend so erzogen, daß er mit der Wahrheit ungerne, daß sich die Balken biegen. Im „Regulator“ (Nr. 41) wird wieder frisch drauf los verleumdet nach der bekannten Moral — es bleibt immer etwas hängen. In einer unserer Versammlungen soll über die „Blau-er“ geschimpft und die bestreite Firma soll bei den christlichen Gewerkschaften als „blaue Hude“ bezeichnet worden sein. Diese Unterstellungen sind aus den Fingern geflogen, deswegen braucht man sie nur niedriger zu hängen. Diese Kampfesweise der Reheimer Hirsche zeigt so die konfessionellen Heizer zu suchen sind. Außerdem handeln die Leute nach der bekannten „Zwischenaktaktik: „Halte den Dieb“. Niemand kann eben aus seiner Haut. Dazu ist der Hirsch-Dunderische Artikelschreiber mit einer köstlichen Phantasie ausgestattet; er schreibt nämlich auch folgendes:

„Der Hinweis auf das christliche Verbandstest ist doch nur gesucht, wenn man die Aufmachung dieser christlichen Gewerkschaftsteste kennt, wo doch alle Arbeiter-, Männer- und Junglingsvereine als christliche Gewerkschaftler paradien, um der Deffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Wissen wir doch, daß an diesem Feste (gemeint ist unser Gewerkschaftstest L. E.) eine große Abteilung aus Hamm teilgenommen hat.“

Hier hat die Phantasie dem Artikelschreiber einen nichts-würdigen Streik geistert. An unserem Gewerkschaftstest haben keine Arbeiter-, Männer- und Junglingsvereine teilgenommen. Auch war aus Hamm kein Kollege vertreten. Sicher ist der phantastische Artikelschreiber im Regulator nur zu bemitleiden. Unsere Hammer Kollegen werden sich sehr freuen haben, über „die große Abteilung aus Hamm“, die in Reheim am Gewerkschaftstest teilgenommen haben soll.

Dann versucht man im Regulator die Bewegung bei Bröckelmann als Mißerfolg hinzustellen. Wir wollen deshalb den Kernpunkt der Angelegenheit nochmals kurz erwähnen. Nach einer Anordnung der Betriebsleitung der Firma Bröckelmann sollten die Arbeiter in Zukunft in Stundenlohn arbeiten. Die Arbeiter waren aber verpflichtet, daselbe zu leisten, wie bisher in Akkord. Der Stundenlohn wurde vom Betriebsleiter so festgestellt, daß die Arbeiter mit einem täglichen Lohnansatz von durchschnittlich 1 Mark bis 1,50 Mark zu rechnen hatten. Hiermit waren sie nicht einverstanden und traten in die Lohnabzugsbewegung ein. Durch das Vorgehen unserer Kollegen wurde der Lohnabzug zurückgenommen, die Arbeiter arbeiten wieder in Akkord. Wenn man das nun bei den Hirschen einen Mißerfolg nennt, so ist die Äußerung in der Nummer 39

unseres Organs gewiß berechtigt, daß man mit einem Blinden nicht über Farben streiten soll. Wenn nun nachträglich, betrüblicherweise der betr. Firma, Herr Klosterhoff, sein gegebenes Wort bezüglich der Einstellung der streikenden Arbeiter nicht gehalten hat, so erstirbt es sich, dieser eigenen Charakterzeichnung des Herrn ein Wort hinzuzufügen. Die Arbeiter wissen, was sie in Zukunft von seinen Versprechungen zu halten haben. Wir erinnern nur an die Worte, die der bekannte Pädagoge Forster einmal ausgesprochen hat: Vertragstreue ist das Fundament aller sozialen Kultur, wer sie dem Gegner nicht hält, der wird sie dem Eigenen gegenüber aufser acht lassen, denn entweder ist die Treue gegenüber dem gegebenen Worte eine absolute, oder sie ist überhaupt nicht da: . . . es gibt jedenfalls eine Manuessaure, die von der Unverlässigkeit eines gegebenen Versprechens ganz unrennbar ist.“ Die übrigen „geistreichen“ Bemerkungen des Artikels wollen wir den Mitgliedern der „Berliner Krankenkasse“ schenken. Ihre Mitgliederzahl in Reheim ist den Raum unseres Verbandsorgans nicht wert.

(Anmerkung der Redaktion.) Der „Regulator“ befaßt die „Liebenswürdigkeit“ den Artikel gegen den sich obenstehendes richtet, mit folgender Flegelerei einzulieiten: „In dem jetzt im „Jugendstil“ redigierten Blatt „Der Deutsche Metallarbeiter“ usw.“

Sachlich ist das zwar nicht, aber Hirsch-Dunderisch. Wie stellt sich das Blatt immer auf den Kopf, und greint über den Ton, wenn wir ihm ab und zu sagen müßten, was ist. Selber beliebt man aber einen Ton, wie er nur bei Fischweibern üblich ist. Uns scheint, als habe der „Regulator“ überhaupt das Augenmaß dafür verloren, was sachlich und unsachlich ist. Nur ein Beweis dafür. In der „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 41, 1913) befindet sich ein Artikel, betitelt: „Die hoffnungs-vollen Gewerkschaften“; in dem heißt es:

„Wer die Gewerkschaften (Hirsch-Dunder, Reb.) sich einmal in der Nähe betrachtet und nicht bar jeder Vernunft ist, der wird mit einigem bedenklichen Kopfschütteln zurückweichen vor diesen komischen Figuren in der Arbeiterbewegung. Eine Kranken- und Sterbekassenorganisation kann wohl Heulen und Zähneklappen, aber sie kann nicht kämpfen gegen ein Unternehmertum, das die Arbeiterschaft mit viel Eifer und größter Rücksichtslosigkeit ausbeutet und niederhält. Sie kann wohl hinter der Sturmfronte herumwackeln mit Wehklagen und Jammern, kann den Arbeiter, wie eine Krankenschwester den Kranken, Gebuld und Sanftmut predigen, aber sie kann dem organisierten, scharsmachertischen Unternehmertum keine Schranke ziehen, geschweige denn Verbesserungen für die Arbeiter abringen.“

Der „Regulator“ (Nr. 42) befaßt sich mit dem Artikel der „Metallarbeiterzeitung“ und schreibt eingangs dazu:

„Wir, (der Regulator, Reb.) wollen aber gleich vorweg bemerken, daß der Artikel sachlich und in der Form so gehalten ist, daß man darauf eingehen kann.“

Also, die obenstehenden „Liebenswürdigkeiten“ der „Metallarbeiterzeitung“ nennt der „Regulator“ sachlich. Sagen wir zuviel, wenn wir feststellen, daß das Blatt das Augenmaß für sachlich und unsachlich verloren. Man muß also Traumbrechen wie die Metallarbeiterzeitung, dann ist's „sachlich“ beim Regulator. Unsere Kollegen können sich das merken.

Briefkasten.

A. F. in Mülheim-Ruhr. Hast Du schon wieder vergessen, daß jede Woche eine Erwerbslosenliste geschickt werden muß?

An die Zeitungsempfänger. Die letzte Nummer unseres Verbandsorgans ist vergriffen. Ueberzählige Exemplare sind umgehend an die Hauptverwaltung zurückzusenden.

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Veräunmt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 25. Oktober.

Barmen. Abends 9 Uhr bei Lindebaum, Oberdruerstr. 60.

Bremen. Abends 8.30 Uhr im Colosseum, Dillstr. 1.

Berlin. Abends 8.30 in Schulz Festhalle, Am Königgraben.

Östl.-Verwaltungsstelle. Abends 8.30 im Gereonsbräu, Friesenstraße 26/28. Referent: Verbandsvorsitzender Kollege Weber. Frauen mitbringen. Alle sonstigen Veranstaltungen fallen aus.

Crefeld-St. Tonia. Abends 9 Uhr bei Mennemann. Vortrag des Kollegen Siegel, Crefeld.

Crefeld-Bohum. Abends 9 Uhr bei Benger an der Kirche. Vortrag des Kollegen Hütenes.

Dortmund 1. Abends 9 Uhr bei Kroll, Körnerplatz.

Dortmund-Annen. Abends 8.30 bei Langmann, Bismarckstr.

Duisburg-Weidrich. Nachm. 5 Uhr bei Kleine Matland, Unter den Linden.

Essen Ost- und Wagenschmiede. Abends 9 Uhr in der Bürgerhalle, Poststraße.

Gladbek. Abends 7.30 bei Norpoth, Kirchplatz.

Hamburg. Abends 8.30 in Wilters Gesellschaftshaus, Rohlfshöfen 27.

M.-Gladbach. Abends 8.30 Brauereiversammlung bei Roden, Markt-Platz.

Rehmer. Abends 8.30 bei Reinhaus, Wilhelmstr. 30.

Reiche-Hagen. Abends 6.30 Quartalsversammlung bei bei Caspman, in Delede.

Rorheim. Abends 8.30 im Palmengarten, Gerrenstraße 34.

Reibert. Abends 8.30 bei Zehlinger, Kirchstraße 12.

Witzburg. Abends 8.30 im Rath. Gesellschaft, Wöllergasse 11.

Sonntag, den 26. Oktober.

Buchholz-Duckingen. Nachm. 4 Uhr bei Küpper, Düsseldorfstr.

Boele-Kabel. Vormittags 11 Uhr bei Schürmann, Gegererstr.

Bodum-Riemke. Morgens 11 Uhr bei Krüger.

Crefeld-Verwaltungsstelle. Nachm. 3 Uhr im Gesellschaftshaus zu Crefeld, Unterlichtstrasse für Vertrauensmänner.

Dortmund-Sültern. Nachm. 4 Uhr bei Kuer.

Essenkirchen. Morgens 11 Uhr bei Feuerlein Commerzerstr.

Essen-Ortsverwaltung. Morgens 10.30 vierteljährliche Generalversammlung im Gesellschaftshaus, Steelerstr. 38. Mitgliedsbuch vorzeigen.

Gelsenkirchen-Schulte. Vorm. 11 Uhr bei Wegener, Schallerstraße.

Geilighausen. Morgens 11.30 bei Rippverbrüch.

Reheim-Jugendliche. Nachm. 4 Uhr im Gesellschaftshaus.

Neunkirchen. Abends 8 Uhr bei Schlemm jun. Stern.

Neuland. Morgens 11 Uhr bei Rümpling, Venloerstr. 187.

Troisdorf. Morgens 11 Uhr bei Wils, Kürten, Kirchstraße.

Unterföhring. Nachm. 2.30 im Lokal „Sitzig“.

Mittwoch, den 29. Oktober.

Duisburg-Saar. Abends 8.30 bei Janien, Kaiserstraße.

Geübte Steinmechaniker für dauernde Arbeit sofort gesucht. Offerten sind unter Sch. 13. an die Hauptgeschäftsstelle Duisburg, Seitenstr. 17 zu richten.